Inhalt

I. Vorwort des Präsidenten 3

II. Das Jahr 2020 in der Rückblende 4
Eidgenössische/kantonale Volksabstimmungen 4
Aus der Grossratsfraktion 7
Ein kurzer Blick auf die Vernehmlassungsantworten 12
Die SVP im Netz 17

III. Tätigkeitsberichte 18

Parteiorgane 18
Geschäftsleitung 18
Parteivorstand 18
Delegiertenversammlungen 18

Fachkommissionen 19
Finanzkommission (FiKo) 19
Kommission für Staatspolitik und Aussenbeziehungen (SAK) 20
Bildungskommission (BiK) 21
Gesundheits- und Sozialkommission (GSoK) 22
Bau-, Energie-, Verkehrs- und Raumplanungskommission (BaK) 24
Sicherheitskommission (SiK) 25

SVP Frauen Kanton Bern 26

JSVP Kanton Bern 27

SVP Senioren Kanton Bern 28

Landesteile 29
Jura bernois 29
Biel-Seeland 30
Emmental 31
Oberaargau 32
Bern-Mittelland 33
Thun 34
Oberland 35

Gerichte und Generalstaatsanwaltschaft 37
Obergericht 37
Verwaltungsgericht 38
Generalstaatsanwaltschaft 39

IV. Organisation / Personelles 41

Personelle Zusammensetzung der Parteiorgane 41
Geschäftsleitung (GL) 41
Parteivorstand (PV) 41
Grossratsfraktion 42

Vertretung in der SVP Schweiz (Stand 31.12.2020) 42
Mitglieder des Parteivorstandes (alphabetisch) 42
Mitglieder der Parteileitung 43

Regierungsmitglieder 43

Parteisekretariat 43

Stiftungsrat «Hilfsfonds SVP Kanton Bern» 43

Vorstand des «Bären-Club» der SVP Kanton Bern 43

Unsere Verstorbenen 44

V. Schlusswort der Geschäftsführerin 45

VI. Die Partei in Zahlen 46

I. Vorwort des Präsidenten

Das politische Jahr 2020 war geprägt von der Corona-Pandemie. Abstimmungskämpfe und Gemeindewahlen standen vor neuen Herausforderungen: Strassenwahlkampf und Informationsanlässe konnten aufgrund der Bundes- und Kantonsauflagen nicht mehr durchgeführt werden. Sogar Gemeindeversammlungen wurden durch Urnenabstimmungen ersetzt und der direkte politische Austausch damit auf ein Minimum begrenzt. Bund und Kanton waren gefordert, die wirtschaftlichen Ausfälle ganzer Branchen aufzufangen, um Konkurse und Arbeitslose zu verhindern. Die finanzielle Belastung des Kantons für alle Ausfallentschädigungen wird wahrscheinlich Milliardenhöhe erreichen und die Verschuldung entsprechend erhöhen.

Die Pandemie hat auch die politische Arbeit der bernischen SVP nicht einfach gemacht. Sitzungen und Versammlungen mussten anfänglich verschoben, unter grossen Auflagen organisiert oder sogar per Videokonferenz durchgeführt werden. Der persönliche Kontakt fehlt uns allen und erschwerte die Entscheidfindung. Umso bemerkenswerter ist die erfreuliche Bilanz zu den Kommunalwahlen 2020. Im Durchschnitt konnte die SVP in den Gemeinden etwas zulegen. Die Stärken der SVP, den ganzen Kanton abzudecken und Einfluss zu nehmen, müssen wir weiter pflegen und den bürgerlichen Einfluss in den Gemeinden geltend machen. Ich danke allen, die sich gerade in diesen schwierigen Zeiten für die Sektionsarbeit engagieren und/oder die SVP-Werte in den Gemeindeorganen vertreten, bestens.

Im Jahr 2020 machten wir eine Umfrage bei den Mitgliedern mit dem Ziel, die Zufriedenheit unserer Basis mit den Themen, der Kommunikation und der Aktivität der Partei zu erfahren. Der Rücklauf war erfreulich und zeigte, dass eine Mehrheit der Basis mit der Arbeit und dem Auftreten der SVP Kanton Bern zufrieden ist. Bei den Themen ist erwünscht, dass die Partei noch breiter präsent ist. Zu Raumplanung, Gesundheit, Energie, AHV und Pensionskasse, Agrarpolitik, Sicherheit und Bildung erwarten die Mitglieder Lösungen von der grössten Partei der Schweiz. Wir werden im Jahr 2021 entsprechende Anträge an die SVP CH formulieren. Wir werden auch weiterhin eine Parteizeitung auf Papier bieten, aber unsere Anstrengungen in den elektronischen Medien verbessern.

Sobald die Schweiz wieder in den «Normal-Betrieb» zurückkehrt, müssen wir uns alle «schütteln» und mit voller Kraft zeigen, dass wir uns nicht unterkriegen lassen von den Ereignissen, sondern uns im Gegenteil noch motivierter als zuvor für die Bernerinnen und Berner einsetzen. Wir müssen jetzt die Zeit nutzen, um uns auf das Danach vorzubereiten, denn die Linke hat die Pandemie genutzt, um den Boden für ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle vorzubereiten. Da müssen wir energisch Gegensteuer geben, damit sich Einsatz morgen wieder lohnt! Bei den kantonalen Wahlen 2022 stehen die bürgerlichen Werte auf dem Spiel! Ich danke euch allen herzlich für diesen wichtigen Einsatz!

Ständerat Werner Salzmann, Parteipräsident, Mülchi

II. Das Jahr 2020 in der Rückblende

Eidgenössische/kantonale Volksabstimmungen

9. Februar 2020

Eidgenössisch

Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen»

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	963’740	1'280’331	42.9	57.1
Kanton Bern	127’116	177’381	41.7	58.3

Stimmbeteiligung: 41.68% (CH), 41.7% (BE)

Parole SVP Kanton Bern: NEIN **Volksentscheid: NEIN**

Änderung des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes (Diskriminierung und Aufruf zu Hass aufgrund der sexuellen Orientierung)

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	1'414’160	827’235	63.1	36.9
Kanton Bern	181’465	123’495	59.5	40.5

Stimmbeteiligung: 41.69% (CH), 41.7% (BE)

Parole SVP Kanton Bern: NEIN **Volksentscheid: JA**

Kantonal

Konkordat über den Wechsel der Gemeinde Clavaleyres zum Kanton Freiburg

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Kanton Bern	249’918	30’766	89.0	11.0

Stimmbeteiligung: 40.2%

Parole SVP Kanton Bern: NEIN **Volksentscheid: JA**

Kredit für den Transitplatz in Wileroltigen

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Kanton Bern	153’191	133’814	53.4	46.6

Stimmbeteiligung: 37.9%

Parole SVP Kanton Bern: NEIN **Volksentscheid: JA**

27. September 2020

Eidgenössisch

Volksinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)»

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	1'233’995	1'988’349	38.3	61.7
Kanton Bern	171’242	271’855	38.6	61.4

Stimmbeteiligung: 59.49% (CH), 60.3 (BE)

Parole SVP Kanton Bern: JA **Volksentscheid: NEIN**

Änderung des Bundesgesetzes über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel (Jagdgesetz, JSG)

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	1'531’027	1'654’105	48.1	51.9
Kanton Bern	205’961	231’893	47.0	53.0
Stimmbeteiligung: 59.34% (CH), 60.3% (BE)				
Parole SVP Kanton Bern: JA			**Volksentscheid: NEIN**	

Änderung des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer (DBG) (Steuerliche Berücksichtigung der Kinderdrittbetreuungskosten)

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	1'164’451	2'003’235	36.8	63.2
Kanton Bern	129’222	308’229	29.5	70.5
Stimmbeteiligung: 59.21% (CH), 60.3% (BE)				
Parole SVP Kanton Bern: JA			**Volksentscheid: NEIN**	

Bundesgesetz über den Erwerbsersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft (indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub – zum Nutzen der ganzen Familie»)

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	1'933’310	1'270’705	60.3	39.7
Kanton Bern	251’156	190’321	56.9	43.1
Stimmbeteiligung: 59.36% (CH), 60.3% (BE)				
Parole SVP Kanton Bern: NEIN			**Volksentscheid: NEIN**	

Bundesbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	1'605’839	1'597’324	50.1	49.9
Kanton Bern	251’156	190’321	56.9	43.1
Stimmbeteiligung: 59.43% (CH), 60.3% (BE)				
Parole SVP Kanton Bern: JA			**Volksentscheid: JA**	

29. November 2020

Eidgenössisch

Konzernverantwortungsinitiative

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	1'299’173	1'261’673	50.7	49.3
Stände	8.5	12.5		
Kanton Bern	194’750	161’904	54.6	45.4
Stimmbeteiligung: 47.0% (CH), 48.3% (BE)				
Parole SVP Kanton Bern: NEIN			**Volksentscheid: NEIN**	

Volksinitiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten»

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	1’081’731	1'460’755	42.6	57.5
Kanton Bern	160’351	194’115	45.2	54.8

Stimmbeteiligung: 46.9% (CH), 48.3% (BE)

Parole SVP Kanton Bern: NEIN **Volksentscheid: NEIN**

Aus der Grossratsfraktion

Der Grossrats- und der Fraktionsbetrieb standen im Zeichen von Corona. Nachdem die Frühlingssession unter Einhaltung von Sicherheitsbestimmungen noch im Grossratssaal stattfinden konnte, mussten die drei übrigen Sessionen in der Festhalle der BERNEXPO durchgeführt werden. Auch inhaltlich war Corona prägend bei Kreditgeschäften, Verordnungen und Vorstössen.

Personell waren die Verfahren von Fraktionspräsidentin Madeleine Amstutz ein Thema in den Medien. Um sicherzustellen, dass die Arbeit der Grossratsfraktion von den laufenden Untersuchungen betreffend Spesen von Madeleine Amstutz nicht beeinträchtigt wurde, trat Madeleine Amstutz Ende August als Fraktionspräsidentin in den Ausstand. Die Beschwerde von Madeleine Amstutz gegen die Gemeinde Sigriswil wurde durch den Regierungsstatthalter formell gutgeheissen. Im November verzichtete Madeleine Amstutz dennoch auf eine Kandidatur für die 2020 ohnehin anstehenden Erneuerungswahlen der Fraktionsspitze. Zu ihrer Nachfolgerin als Fraktionspräsidentin wählte die Grossratsfraktion am 19. November Barbara Josi aus Wimmis.

Madeleine Amstutz sei hier bestens für ihr grosses Engagement als Fraktionspräsidentin gedankt. Sie hatte dieses arbeitsintensive Amt seit Juni 2016 inne.

Frühlingssession

Personelles

Jürg Marti, Steffisburg, trat die Nachfolge von Jürg Iseli im Grossen Rat an, Kurt Wenger diejenige von Lars Guggisberg.
Aufgrund der beiden Rücktritte kam es zu Rochaden in grossrätlichen Kommissionen. Gewählt wurden Annegret Hebeisen (Mitglied GPK), Barbara Josi (Mitglied BaK), Jürg Marti (Mitglied GSoK), Peter Salzmann (Ersatzmitglied BaK, Mitglied BiK), Kurt Wenger (Ersatzmitglied BiK).
Zum neuen Verwaltungsrichter verwaltungsrechtliche Abteilung gewählt wurde Christoph Bürki, zum neuen Ersatzmitglied am Obergericht Denise Weingart und zur neuen Regionalrichterin (BG 90%) Kerstin von Arx.

Sachgeschäfte

Ein Schwerpunktthema war die erste Lesung des Gesetzes über Handel und Gewerbe. Damit sollte der Jugendschutz auf E-Zigaretten ausgeweitet und die Möglichkeit geschaffen werden für vier anstatt zwei Sonntagsverkäufe sowie für eine Ausdehnung der samstäglichen Ladenöffnungszeiten auf 18.00 Uhr.

Einmal mehr war die bernische Steuersituation Thema im Parlament. Mit der zweiten Lesung des Steuergesetzes konnte die SVP zufrieden sein. Insbesondere wurden die Kinderdrittbetreuungsabzüge nicht auf sFr. 16'000 erhöht. Beim Dekret über die allgemeine Neubewertung der nichtlandwirtschaftlichen Grundstücke gelang es dank bürgerlicher Zusammenarbeit, den Wert auf 70% statt 77% des Verkehrswerts festzulegen und somit die negativen Auswirkungen für die Liegenschaftsbesitzer zu begrenzen. Erfolgreich setzten die Bürgerlichen

zudem Steuererleichterungen für juristische und natürliche Personen durch und verhinderten Bestrebungen zur Begrenzung des kantonalen Steuerwettbewerbs.

Erfolgreich abgewendet wurde auch ein Angriff das Strassenprojekt Burgdorf. Der Vorstoss, wonach die Restmittel aus dem Investitionsfonds statt für dieses Projekt für den Campus Burgdorf verwendet werden sollten, wurde abgelehnt. Leider äusserst knapp abgelehnt wurde auch ein Vorstoss aus den Reihen der SVP, der eine bessere Nutzung bestehender Gebäudevolumen ausserhalb der Bauzone verlangt hatte. Immerhin wurde aber eine SVP-Motion überwiesen, die den Bau von bäuerlichen Biogas- und Holzenergieanlagen erleichtern will.

Staatspolitisch von Bedeutung war die Motion zur Einführung des aktiven Stimmrechtsalters 16 auf Kantons- und Gemeindeebene, welche gegen den Willen der SVP überwiesen wurde. Die SVP ist der Überzeugung, dass die politische Verantwortung und die Mündigkeit zusammengehören. Für den Kanton wichtig war auch ein Vorstoss aus den Reihen der SVP zur Juraabstimmung. Es ging darum, dass der Kanton Jura erst zwei Artikel aus seiner Verfassung streichen solle, bevor die Abstimmung in Moutier wiederholt wird, da beide Artikel darauf abzielen, Gebiete des heutigen Berner Juras in den Kanton Jura aufzunehmen. Der Vorstoss wurde leider abgelehnt.

Erfreulich und wichtig ist zudem die Annahme eines Vorstosses aus den Reihen der SVP, wonach künftig aus mehreren Lehrmitteln ausgewählt werden kann. Damit sind die Tage des umstrittenen Lehrmittels «Mille Feuilles» wohl gezählt.

Sommersession

Personelles und Organisatorisches

Zum zweiten Grossratsvizepräsidenten gewählt wurde Martin Schlup, neuer Präsident des Regierungsrates ist Pierre Alain Schnegg.
Die Richterwahlen mussten auf die Herbstsession verschoben werden, da die Vorstellungsgespräche coronabedingt nicht stattfinden konnten.
Die SP-Fraktion forderte angepasste Sitzungszeiten. So sollten etwa die Sessionen neu bis am Freitag und zweieinhalb bis drei statt zwei Wochen dauern oder es hätte gleich zwei Abendsitzungen pro Sessionswoche gegeben. Dies hätte es Grossratsmitgliedern im Milizsystem massiv erschwert, ihr Amt auszuüben. Das Begehren fand daher keine Mehrheit.

Sachgeschäfte

Zentrales Thema war Corona. Zu beraten waren sechs Corona-Notverordnungen und der Kredit für die Zusatzkosten, die die Verschiebung des Ratsbetriebs in die Festhalle der BERNEXPO ausgelöst hatte. Brisant war insbesondere die in einer Notverordnung festgeschriebene Aushebelung der Schuldenbremse, die gegen den Willen der SVP genehmigt wurde. Immerhin wurde aber ein Vorstoss für einen Verzicht auf die für das Jahr 2021 geplante Senkung der Unternehmenssteuern abgelehnt. Dies war wichtig als Signal für die Unternehmen des Kantons und im Hinblick auf die kommende Budgetdebatte.

Auch nach den Wahlen 2019 bleibt das Klima auf der Politagenda: Aufgrund eines Vorstosses der Grünen soll überprüft werden, ob und wie bei einem Gross-

ratsgeschäft jeweils aufgezeigt werden muss, welche Auswirkungen auf das Klima zu erwarten sind. Weiter wurde gegen den Willen der SVP ein Vorstoss zur Durchführung eines Pilotversuchs zu Mobility-Pricing angenommen, weil es diesmal auch Ja-Stimmen aus den anderen bürgerlichen Parteien gab. Immerhin wurde aber auch die Forderung aus den Reihen der SVP angenommen, das Holzenergiepotenzial im Kanton Bern vollumfänglich auszuschöpfen und die jährliche Energieholznutzung zu steigern. Eine SVP-Forderung hingegen, auf Auslandstipendien im New Yorker Kulturatelier zu verzichten, wurde abgelehnt.

Die meisten Entscheide in der zweiten Lesung des Gesetzes über Handel und Gewerbe entsprachen dem Willen der SVP, mit einer Ausnahme: Da die BDP mit den linken Parteien stimmte, können die Geschäfte an Samstagen nicht bis um 18.00 Uhr offen halten.

Erfolgreich war die SVP bei der Verhinderung der linken Idee einer Direktaufnahme von Flüchtlingen von der griechisch-türkischen EU-Aussengrenze.
Auch bei der zweiten Lesung des Geldspielgesetzes fielen die meisten Entscheide im Sinne der SVP aus, Lotteriefondsgelder sollen jedoch gegen den Willen der SVP auch für Entwicklungszusammenarbeit verwendet werden.

Herbstsession

Personelles und Organisatorisches

Alexander Feuz trat die Nachfolge von Erich Hess an. Er wurde zudem in die JuKo gewählt, welcher Erich Hess bis zu seinem Rücktritt angehört hatte.
Zum neuen Vorsitzenden für die regionalen Schlichtungsbehörden (BG 100%) gewählt wurde Reto Sieber.
Leider bisher erfolglos blieb die SVP-Planungserklärung zur Aufhebung der Amtszeitbeschränkung in grossrätlichen Kommissionen. Damit bleibt die Verwaltung gegenüber den wechselnden Grossratsmitgliedern im Vorteil bei der Kommissionsarbeit.

Sachgeschäfte

Corona führte nicht nur zur Absage des Fraktionsausflugs, sondern auch zu erneuten Zusatzkosten aufgrund der Durchführung der Session in der Festhalle der BERNEXPO statt im Rathaus. Erfreulich fielen aber die Entscheide zu den Anpassungen von drei Corona-Notverordnungen aus: Insbesondere konnte gegen den Widerstand von SP, Grünen und BDP die im Sommer beschlossene Ausserkraftsetzung der Schuldenbremse rückgängig gemacht werden. Weiter wurden Vorstösse abgelehnt, die Corona-Prämien bzw. Lohnerhöhungen für «systemrelevante» Berufe verlangten. Diese teure Idee hätte zu Willkür und Ungerechtigkeiten geführt. Es wäre kaum möglich zu eruieren, welche Branchen und Berufe «systemrelevant» sind. Auch die Forderung nach einem staatlich verordneten Teilerlass der Geschäftsmieten von geschlossenen Betrieben und damit ein Eingriff in den privatrechtlich organisierten Mietmarkt konnte verhindert werden. Ebenfalls abgelehnt wurde die linke Forderung, die fehlenden 20% der Kurzarbeitsentschädigung für untere und mittlere Einkommen zu decken. Zum einen ist die Ausgestaltung der Kurzarbeitsentschädigung primär Bundessache, zum andern fehlt dem Kanton das dazu notwendige Geld. Auch neue

respektive zusätzliche Prämienverbilligungen, die mit Verweis auf Corona verlangt worden waren, wurden abgelehnt.

Erfolg hatte auch eine Parlamentarische Initiative zur Anpassung der Schuldenbremse für die Investitionsrechnung, damit neu eine Mehrjahresbetrachtung möglich ist. Richtigerweise abgelehnt wurde hingegen die Forderung der Grünen, auch die Schuldenbremse für die laufende Rechnung anzupassen. Weiter wurde die SP-Forderung abgelehnt, die erst 2006 aufgehobenen Erbschafts- und Schenkungssteuern für Nachkommen wieder einzuführen. Im Sinne der SVP ebenfalls abgelehnt wurde auch die von Linksaussen geforderte Abschaffung der Vermögenssteuerbremse.

Im Bereich Trinkwasserschutz gelang es, einen Fonds zur Finanzierung von Trinkwassergewinnungsmassnahmen abzulehnen und die Forderung abzuschreiben, dass in der EU verbotene Pestizide in der Schweiz umgehend auch verboten werden. Gegen den Willen der SVP muss hingegen geprüft werden, ob in Zuströmbereichen von Trinkwasserfassungen nur noch landwirtschaftliche Produktionsformen zulässig sein sollen, die ohne chemisch-synthetische Pestizide funktionieren.

Erneut kam in der Session die Forderung nach einem neuen Wahlsystem bei den Grossratswahlen aufs Tapet und erneut konnte verhindert werden, dass der «doppelte Pukelsheim» zur Anwendung kommt, welcher nicht nur mathematisch komplex ist, sondern auch tendenziell kleine Parteien bevorzugt.

Vieldiskutiert war schliesslich die angenommene Forderung, auch privat untergebrachten, abgewiesenen Asylsuchenden eine finanzielle Nothilfe auszurichten. Die SVP hatte dies bekämpft, da damit das System und der in einem rechtsstaatlichen Verfahren gefällte Wegweisungsentscheid unterlaufen werden und zudem falsche Anreize gesetzt werden.

Wintersession

Personelles

Barbara Josi wurde als Fraktionspräsidentin gewählt. Wiedergewählt wurden die beiden Vizepräsidenten Patrick Freudiger und Mathias Müller.
Per Ende der Wintersession trat Stefan Hofer aus dem Grossen Rat zurück, sein Nachfolger wird im März 2021 vereidigt. Andreas Schüpbach wurde anstelle von Stefan Hofer zum Ersatzmitglied der Gesundheitskommission gewählt.
Durch Quarantäne oder Isolation kam es zu einigen Ausfällen von Grossratsmitgliedern, die Session konnte aber zu Ende geführt werden.

Sachgeschäfte

Auch die Wintersession fand in der Festhalle der BERNEXPO statt. Zu Beginn wurde eine Aussprache zu den aktuellen wirtschaftlichen Folgen der Corona-Massnahmen geführt.

Corona prägte auch die Debatte über das tiefrote Budget. Die SVP-Fraktion war angesichts der ausserordentlichen Lage bereit, ausnahmsweise einen negativen Voranschlag und Aufgaben-/Finanzplan zu genehmigen. Die meisten Entscheide in der Haushaltsdebatte fielen im Sinne der SVP aus, ausser bei den Lohn-

erhöhungen für das Kantonspersonal. Diese fielen entgegen der Bedenken der SVP höher aus, obwohl in der Privatwirtschaft viele in Kurzarbeit sind und keine so hohe Arbeitsplatzsicherheit haben wie die Angestellten der Verwaltung. Immerhin konnte aber die Forderung von Links abgelehnt werden, wegen Corona die erst im März beschlossene Steuerreduktion für natürliche Personen auszusetzen. Die Grünen forderten sogar, die Steueranlage für Unternehmen zu erhöhen, was aber selbst die SP-Fraktion ablehnte. Ebenfalls abgelehnt werden konnte ein erneuter Anlauf zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung.

Hitzige Diskussionen gab es bei der ersten Lesung zu einem neuen Klimaschutzartikel, der in der Kantonsverfassung verankert werden soll. Gegen den Willen der SVP wurde Eintreten beschlossen. Immerhin konnte aber verhindert werden, dass die Klimaneutralität bereits 2040 anstatt 2050 erreicht werden soll. Da sämtliche konstruktiven Anträge der SVP abgelehnt wurden, lehnte die SVP-Fraktion den Klimaartikel schliesslich geschlossen ab. Die Klima-Thematik beschäftigte den Grossen Rat auch sonst: Gefordert wurde, dass der Regierungsrat sich bei der Nationalbank dafür einsetzt, das Anlagemanagement und die Investitionen mit dem Pariser Klimaabkommen in Einklang zu bringen. Der Vorstoss wurde abgelehnt. Auch die linke Forderung, Investitionen für die Förderung des ÖV und des Langsamverkehrs zu priorisieren und Investitionen in neue Strassenkapazitäten einem 10-jährigen Moratorium zu unterwerfen, wird nicht weiterverfolgt. Gegen den Willen der SVP angenommen wurde jedoch der Prüfauftrag, ob Gemeinden neu die Möglichkeit haben sollen, nach gebäudeenergetischen Kriterien gestaffelte Liegenschaftssteuersätze festzulegen.

Umfangreich war die erste Lesung des Volksschulgesetzes. Die SVP konnte wichtige Pflöcke einschlagen betreffend Wahlobligatorium für Lehrmittel oder die Begrenzung der hohen Subventionen der Tagesschulen. Einige Entscheide entsprachen aber nicht dem Willen der SVP, so wurde etwa der Antrag abgelehnt, dass Gemeinden Tagesschulen erst bei mindestens 15 Kindern führen müssen.

Zu reden gaben die von den Medien gross aufgemachten Ereignisse in der Region Blausee. Die SVP machte sich erfolgreich dafür stark, dass die Ereignisse durch die GPK und nicht durch eine Parlamentarische Untersuchungskommission aufgeklärt werden.

Wenig zu reden gab die Änderung des Spitalversorgungsgesetzes, die Entscheide fielen im Sinne der SVP aus. Insbesondere wurde die vertrauliche Geburt gemäss Forderung aus den Reihen der SVP geregelt. Der Bericht Kostenstrategie NA-BE, der sich mit den zu erwartenden Kosten für Sozialhilfe und Integrationsförderung im Asyl- und Flüchtlingsbereich auseinandersetzt, führte ebenfalls nicht zu grossen Diskussionen. Nicht weniger als 17 Planungserklärungen gab es hingegen zur Gesundheitsstrategie, die Entscheide fielen mit einer Ausnahme im Sinne der SVP aus.

Wichtig war die Ablehnung der Idee, dass die Gemeinden künftig das kommunale Stimm- und Wahlrecht auf Ausländer oder Minderjährige ausdehnen dürfen. Auch ein Verbot des bezahlten Unterschriftensammelns konnte abgewehrt werden.

Reto Niederhauser, stv. Geschäftsführer und Fraktionssekretär

Ein kurzer Blick auf die Vernehmlassungsantworten

Auf den folgenden Seiten finden Sie kurze Zusammenfassungen der Vernehmlassungsantworten der SVP Kanton Bern von 2020. Die ausführlichen Stellungnahmen im Wortlaut finden Sie online unter www.svp-bern.ch.

Gesundheitsstrategie 2020-2030 des Kantons Bern (10.01.2020; GSI)

Die SVP erachtet die Beschreibung der Ist-Situation als nachvollziehbar und ist auch mit der SWOT-Analyse, der Vision und den aufgeführten Stossrichtungen einverstanden. Insbesondere sollte einer ganzheitlichen Begleitung der Patienten und der integrierten Versorgung grosse Beachtung geschenkt werden, der Hausarztberuf gefördert und die Spitex, Gesundheitszentren und Spitäler in den ländlichen Gebieten aufrechterhalten werden. Die SVP schlägt dazu den Ansatz «Spezialmedizin zentral, Allgemeinmedizin und Rehabilitation dezentral» vor.

Gesetz betreffend Einführung der Bundesgesetze über die Kranken-, die Unfall- und die Militärversicherung (EG KUMV, Änderung) (24.01.2020; DIJ)

Die SVP begrüsst die Anpassungen, die aus Änderungen des Bundes- und des kantonalen Rechts sowie aus der Direktionsreform des Kantons Bern erfolgen.

Teilrevision des Spitalversorgungsgesetzes (SpVG) (14.02.2020; GSI)

Die Optimierung des Gesetzestextes wird zwar begrüsst, abgelehnt wird aber der Artikel betreffend Baurechts- oder Mietverträge zwischen Kanton und RPD/UPD. Die Infrastrukturkosten werden voll und ganz über die jeweils geltenden Tarife abgegolten. Eine zusätzliche Entlastung der Leistungsträger führt zu substanziellen Mindereinnahmen für den Kanton und zu Wettbewerbsverzerrungen auf Seiten Leistungsträger. Den übrigen Artikeln wird zugestimmt.

Verordnung über die Sozialhilfe im Asyl- und Flüchtlingsbereich (SAFV) (21.02.2020; GSI)

Die SVP begrüsst die vorgeschlagene Verordnung. Insbesondere werden die Umsetzung von Art. 86 Abs. 1 Satz 4 AIG, wonach der Ansatz für die Unterstützung von vorläufig Aufgenommenen unter demjenigen für die einheimische Bevölkerung liegen soll, sowie die vorgeschlagenen Höhen des Grundbedarfs als sachgerecht erachtet.

Weiterentwicklung des Sonderstatuts (Projekt Status quo plus); Änderung des Sonderstatutsgesetzes (01.05.2020; STA)

Die SVP unterstützt die Stossrichtung des Gesetzes und ist mit den vorgeschlagenen Änderungen einverstanden.

Änderung Kantonsverfassung (Art. 31a (Klimaschutz)) (15.05.2020; GR)

Die SVP lehnt beide Entwürfe für einen neuen Art. 31a ab. Art. 31 und 32 der Kantonsverfassung messen dem Schutz der Umwelt und Landschaft bereits heute hohes Gewicht bei und bilden eine taugliche Grundlage für eine vernünfti-

ge Klimapolitik. E-Art. 31a hingegen würde eine Legitimation für überschiessende Massnahmen und Klima-Aktionismus schaffen.

Gesetz über die Besteuerung der Strassenfahrzeuge (BSFG) (19.06.2020; SID)

Die SVP lehnt die Anpassung ab unter Verweis auf den 2012 angenommenen Volksvorschlag «Steuerliche Entlastung der Strassenfahrzeuge im Kanton Bern». Die Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer widerspricht dem Volkswillen. Zudem ist sie für weniger vermögende und besonders für Personen im ländlichen Raum ungerecht. Auch wird mit Ausnahme von Neuenburg in keinem anderen Kanton die Motorfahrzeugsteuer nach CO_2-Emissionen erhoben. Weiter ist es nicht fair, die Motorfahrzeuglenker mehr zu belasten und andererseits die Steuern für alle zu senken, da dadurch alle, die auf ein Fahrzeug angewiesen sind, benachteiligt werden. Unter Verweis auf Tourismusförderung fordert die SVP zudem, dass Pisten- und Loipenfahrzeuge künftig steuerfrei sein sollen.

Änderung des kant. Landwirtschaftsgesetzes (KLwG) (03.07.2020; WEU)

Die SVP weist darauf hin, dass die Weitergabe der Daten ohne explizite Einwilligung des Bewirtschafters an private Kontrollorganisationen nicht unbedenklich ist. Sie fordert, dass die Datenhoheit bei den Produzenten bleiben muss, und verlangt entsprechende Anpassungen des Gesetzes.

Gesetz betreffend den Beitritt zum Konkordat über die gemeinsame Pädagogische Hochschule der Kantone Bern, Jura und Freiburg (G Konkordat HEP-BEJUNE) (06.07.2020; BKD)

Die SVP weist darauf hin, dass die Einführung des neuen Hochschulrats als Führungsorgan mit einer relativen Abschwächung der politischen Mitsprachemöglichkeit einhergeht, was die strategische Ausrichtung der HEP-BEJUNE anbelangt. Unter der Prämisse, dass die neue Regelung keine wesentlichen Mehrkosten für den Kanton Bern bedeuten, stimmt die SVP der neuen Organisationsform dennoch zu. Bei der Beratung der einzelnen Artikel wird u.a. die Wichtigkeit einer fairen Bestimmung der Anteile, die jeder der drei Mitgliedskantone bezahlen muss, betont.

Teilrevision der Hochschulgesetze: Gesetz über die Berner Fachhochschule (FaG), Gesetz über die deutschsprachige Pädagogische Hochschule (PHG), Gesetz über die Universität (UniG) (07.07.2020; BKD)

Bei allen drei Gesetzen äussert sich die SVP gegen abweichende Anstellungskriterien für ordentlich angestellte Mitarbeiter im Vergleich zu den sonst üblichen Gepflogenheiten des Kantons, gegen die Aufweichung der Bestimmungen betreffend Langzeitkonti und für die Beibehaltung der Bewilligungspflicht für Nebenbeschäftigungen.
FaG: Die SVP äussert sich zudem gegen die Schaffung der Vizerektorate, gegen die Übertragung zusätzlicher Kompetenzen an den Schulrat und gegen zusätzliche bürokratische Stufen in der Hierarchie. Sie fordert, die entsprechenden

Artikel nicht zu ändern. Auch sollten die Gehälter während Forschungs-/Bildungsurlauben weiterhin gekürzt werden können.
PHG: Hier wie auch beim UniG äussert sich die SVP gegen die automatische Übertragung von Kompetenzen an Konkordate. Verlangt wird weiter, dass Absolventen einer Berufsmaturität prüfungsfrei zur Grundausbildung für die Primarstufe zugelassen werden sollten. Positiv vermerkt wird, dass die NMS neu von der PH autonom sein soll.
UniG: Zusätzlich zu den oben erwähnten Forderungen wird u.a. verlangt, dass der Zugang zur Uni für Absolventen der Fachmaturität nicht geöffnet wird.

Einführungsgesetz zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (EG IVöB) (01.08.2020; FIN)

Die SVP begrüsst das Gesetz grundsätzlich. Wo immer möglich, sollte die bernische Wirtschaft gestärkt werden. Kritisiert wird deshalb, dass die im Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen neu verankerte Preisniveau-Klausel nicht ins EG IVöB übernommen wurde. Die SVP fordert die Aufnahme dieser Klausel ins Gesetz. Ebenfalls kritisch beurteilt werden die zusätzlichen bürokratischen Hürden; Mehrkosten aufgrund des EG IVöB werden abgelehnt.

Änderung Gemeindegesetz (GG): Einführung amtlicher Bekanntmachungen in elektronischer Form («e-Anzeiger») (31.08.2020; DIJ)

Die SVP begrüsst grundsätzlich die Einführung der Möglichkeit, einen «e-Anzeiger» als Alternative zu den gedruckten Amtsanzeigern zu nutzen. Auch aufgrund der Frage, wie Haushalte ohne Internetanschluss bedient würden, wäre es allerdings wünschenswert, wenn für eine Übergangsphase beide Publikationswege genutzt werden könnten.

Gesetz über die digitale Verwaltung (DVG) (18.09.2020; FIN)

Die SVP äusserte sich zu einigen grundsätzliche Punkte des Rahmengesetzes und konnte sich der Stossrichtung des Gesetzes anschliessen. Digitalisierung sollte weder zu Doppelspurigkeiten führen, noch darf der Zugang zur Verwaltung für die Bevölkerung dadurch erschwert werden. Weiter sollte eine digitale Verwaltung sich nicht auf die elektronische Dokumentenablage und -übermittlung beschränken, sondern auch die Chancen der künstlichen Intelligenz nutzen. Mehrausgaben sind nur akzeptabel, wenn die Digitalisierungsvorhaben echte Mehrwerte bzw. Effizienzsteigerungen zur Folge haben.

Gesetz über die Förderung von Sport und Bewegung (Kantonales Sportförderungsgesetz, KSFG) (25.09.2020; SID)

Die SVP begrüsst die Gesetzesanpassungen. Gefordert wird aber beispielsweise, im Gesetz zu verankern, dass auch Menschen im Pensionsalter von günstigen, vielfältigen Bewegungsangeboten profitieren können sollen. Bemängelt wird, dass die Aus- und Weiterbildung der Sportlehrkräfte nicht mehr explizit erwähnt wird. Zudem wird angeregt, eine organisatorische Bündelung der für den Sport zuständigen kantonalen Stellen zu prüfen. Auch zu einzelnen Artikeln äussert sich die SVP. Sie fordert etwa die Streichung der Gesetzespassus be-

treffend Sport und Integration, denn es braucht keine Angebote spezifisch für die ausländische Wohnbevölkerung.

Gesetz über die Leistungen für Menschen mit Behinderungen (BLG) (23.10.2020; GSI)

Die SVP unterstützt die Stossrichtung insbesondere in Bezug auf eine verbesserte Selbstbestimmung und Teilhabe. Auch wird die Einführung einer Infrastrukturpauschale für Leistungserbringer analog zum Altersbereich begrüsst. Statt allzu starre Raum- und Betriebsvorgaben festzulegen, sollte sich der Kanton auf Minimalstandards in Relation zu der zu erwartenden Höhe der Infrastrukturpauschalen beschränken. Betreffend bedarfsgerechte Subjektfinanzierung fordert die SVP, die geplante Mengenausweitung restriktiver anzugehen. Betreffend Wahlfreiheit beim Leistungsbezug sollte die freie Wahl ambulant/stationär gewährt und nicht administrativ eingeschränkt werden. Die Steuerung über das Festlegen eines Minimal- (bzw. Maximal)bedarfs ist für die finanzielle Steuerung der Kantonsfinanzen unabdingbar. Die Steuerung des Leistungsangebots in der Bedarfsplanung über eine nicht definierte Versorgungrelevanz wird abgelehnt. Es braucht möglichst klare Kriterien für die Anerkennung und Auswahl der Leistungsanbieter. Zu einzelnen Artikeln werden Änderungsvorschläge gemacht.

Totalrevision des kant. Finanzkontrollgesetzes (KFKG) (24.11.2020; STA)

Die SVP begrüsst das revidierte Gesetz und befürwortet insbesondere die Regelung, dass das Beteiligungscontrolling periodisch überprüft wird.

Verfassung des Kantons Bern (KV), Gesetz über die politischen Rechte (PRG), Gemeindegesetz (GG) und Gesetz über das Sonderstatut des Berner Juras und über die französischsprachige Minderheit des zweisprachigen Amtsbezirks Biel (Sonderstatutsgesetz, SStG) (Stimmrechtsalter 16) (04.12.2020; STA)

Die SVP lehnt die Einführung des Stimmrechtsalters 16 und damit auch sämtliche vorgelegten Änderungen dezidiert ab. Die politische Verantwortung und die Mündigkeit gehören zusammen. Auch sprechen diverse praktische Gründe gegen die Herabsetzung des Stimmrechtsalters, zudem kennt erst der Kanton Glarus Stimmrechtsalter 16, sodass auch kein Druck im Sinne einer allgemeinen Entwicklung in Richtung Senkung des Stimmrechtsalters besteht.

Gesundheitsgesetz (GesG) (Änderung) (18.12.2020; GSI)

Die SVP ist einverstanden mit den vorgeschlagenen Änderungen. So unterstützt sie etwa die Anpassungen an das neue Bundesrecht im Bereich der Gesundheitsberufe.

Gesetz über die finanziellen Leistungen an die Mitglieder des Regierungsrates (FLRG). Änderung betreffend Ruhestandsrenten (18.12.2020; STA)

Die SVP unterstützt die vorgeschlagenen Änderungen betreffend Beschränkung der Ruhestandsrenten des Regierungsrates. Zu den einzelnen Artikeln hat sie keine Bemerkungen.

Richtplan Kanton Bern; Richtplananpassungen ‘20 und Controllingbericht ’20 (02.12.2020; DIJ)

Die SVP weist insbesondere darauf hin, dass aufgrund des Bundesgerichtsentscheids umgehend die Grundlagen zu schaffen sind für die Erhöhung der Grimsel-Staumauer und das Projekt an der Trift. Zudem äussert sich die SVP zu einzelnen Anpassungen. So fordert sie, nicht nur das Funktionieren des strassengebundenen ÖV zu gewährleisten, sondern auch der Fahrten von Gewerbe und Industrie. Weiter wird etwa die Lockerung betreffend Auflagen für Windenergieanlagen begrüsst oder gefordert, dass der Bund in die Pflicht zu nehmen ist, damit er bei der Realisierung weiterer Transitplätze mehr Verantwortung übernimmt.

Beim Controllingbericht wird unter anderem gefordert, dass sich der Regierungsrat betreffend Fertigstellung des Nationalstrassennetzes vermehrt für Lösungen einsetzt, die weniger Kulturland brauchen. Auch darf das Velo- und Bikeroutennetz nicht auf Kosten des Kulturlands oder der Grundeigentümer ausgebaut werden.

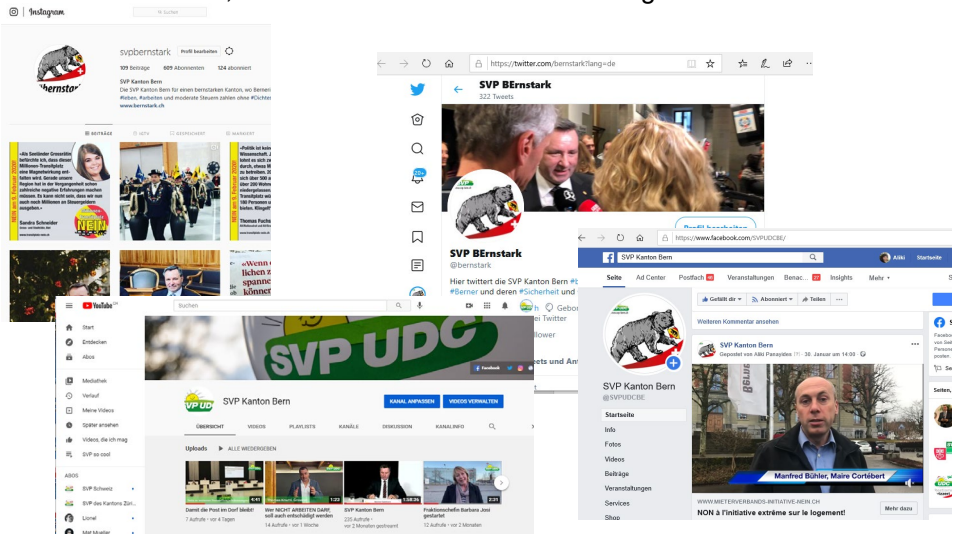
Der glanzvoll gewählte Regierungspräsident Pierre Alain Schnegg

Die SVP im Netz

Die Homepage der SVP Kanton Bern war, wie auch Auftritte auf den sozialen Medien, im Pandemie-Jahr eine wichtige Möglichkeit, präsent zu bleiben. Sie läuft nach wie vor mit der wordpress-basierten Online-Lösung der SVP Schweiz. Dadurch ist sichergestellt, dass das Backend dem aktuellsten technischen Stand entspricht und dass Plakatsujets, Unterschriftensammlungen und Medienmitteilungen der SVP Schweiz ohne Umwege direkt auf der Homepage der Kantonalpartei aufgeschaltet werden können. Den Ortssektionen steht ebenfalls eine solche Lösung zur Verfügung. Sie werden bei der Umstellung und bei technischen Fragen durch unseren Praktikanten Angelo Andres unterstützt.

Die direkte, zeitnahe Kommunikation von Aktualitäten geschah auch 2020 schwerpunktmässig in den sozialen Medien Facebook, Twitter und Instagram. Aus den Delegiertenversammlungen werden Videos direkt auf Facebook und den youtube-Kanal der SVP Kanton Bern gestreamt. Die Videos der Grossratsfraktionsmitglieder zu zentralen Themen der Sessionen werden ebenfalls auf Facebook publiziert. Die Anzahl «Gefällt-mir»-Angaben der Facebook-Seite der Berner SVP www.facebook.com/-SVPUDCKantonBern/ stieg auf bereits hohem Niveau noch einmal und steht neu bei 3487 (+163). Dazu kommt die ebenfalls hohe Anzahl Likes der Jungen SVP Kanton Bern (2008). Die SP folgt mit deutlichem Abstand auf Rang zwei mit 2294 Likes (+78), an dritter Stelle stehen die Grünen (1393, +52), gefolgt von der FDP (1070, +12), der glp (673, +25) und der BDP (538, +8). In früheren Jahren konnten die Kantonalparteien noch deutlich höhere Zuwächse der Anzahl «Gefällt-mir»-Angaben verzeichnen, was auf einen allmählichen Sättigungseffekt hindeutet. Umso wichtiger ist die Präsenz auf Twitter und Instagram durch die SVP Kanton Bern und ihre Mandatsträgerinnen und Mandatsträger.

Reto Niederhauser, stv. Geschäftsführer und Zuständiger Web



III. Tätigkeitsberichte

Parteiorgane

Geschäftsleitung

Der Geschäftsleitung obliegen gemäss Statuten die Aufgaben unter der Überschrift IV, Punkt 5, Art. 29. Die Geschäftsleitung tagte 2020 sechs Mal ordentlich. Neben den ordentlichen Aufgaben seien insbesondere folgende Themen genannt, mit denen sich die Geschäftsleitung beschäftigte: Jahresziele 2020; Abstimmungskämpfe zum Transitplatz Wileroltigen und zur Begrenzungsinitiative; Positionierung in der Corona-Thematik; Optimierung BEA-Auftritt; Affäre Madeleine Amstutz.
Zusätzlich zu den ordentlichen Sitzungen führte die Geschäftsleitung eine Klausur durch, um sich vertieft den Bereichen «aktuelle Lagebeurteilung», «Themen» und «Parteistrukturen und Kommunikationsmittel» zu widmen. Eine wesentliche Folge der Klausur war die Durchführung einer Mitgliederbefragung, die bei einem Rücklauf von 10 Prozent wichtige Erkenntnisse ergab.

Parteivorstand

Dem Parteivorstand fallen die Aufgaben gemäss Statuten, Überschrift IV, Punkt 4, Art. 27, zu. 2020 tagte der Parteivorstand coronabedingt nur an drei anstatt wie sonst üblich an vier Sitzungen. Nebst den Standardtraktanden Protokoll und Mitteilungen/Aktuelles sowie den anschliessend der Delegiertenversammlung vorgelegten Geschäften wurden insb. folgende Geschäfte behandelt: Abstimmungskämpfe (s.o.); Optimierung BEA-Auftritt; Affäre Madeleine Amstutz.

Delegiertenversammlungen

15. Januar 2020 – Delegiertenversammlung Messegelände Thun-Expo, Reithalle, Thun

Eidg. Abstimmungsvorlagen – Parolenfassung:
- Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen»
- Änderung des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes (Diskriminierung und Aufruf zu Hass aufgrund der sexuellen Orientierung)

Kant. Abstimmungsvorlage – Parolenfassung:
- Konkordat über den Wechsel der Gemeinde Clavaleyres zum Kanton Freiburg

15. April 2020 – Delegiertenversammlung Hotel Weisses Kreuz, Lyss

→ Coronabedingte Absage

13. August 2020 – Delegiertenversammlung Messegelände Thun-Expo, Reithalle, Thun

Eidg. Abstimmungsvorlagen – Parolenfassung
- Volksinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)»
- Bundesgesetz über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel (Jagdgesetz, Änderung)

- Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer (Änderung: Berücksichtigung der Kinderdrittbetreuungskosten)
- Bundesgesetz über den Erwerbsersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft (indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub – zum Nutzen der ganzen Familie»)
- Bundesbeschluss vom 20. Dezember 2019 über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge
- Jahresbericht
- Finanzen
  - Jahresrechnung 2019
  - Budget 2020

21. Oktober 2020 – Delegiertenversammlung Mehrzweckgebäude, Auweg 23, 3628 Uttigen

Unsere Regierungsräte haben das Wort – aus der Werkstatt
- Der Kampf um Effizienz in der Verwaltung – auch in Corona-Zeiten (RR Pierre Alain Schnegg)
- Altlasten aufräumen – das Gute an einem Direktionswechsel (RR Christoph Neuhaus)

Eidg. Abstimmungsvorlagen - Parolenfassung
- Volksinitiative «Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt»
- Volksinitiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten»

Fachkommissionen

Finanzkommission (FiKo)

Im Jahre 2020 tagte die Kommission wiederum an vier ordentlichen Sitzungen jeweils vor der Session. Dabei wurden jeweils insbesondere die finanziell relevanten Sessionsgeschäfte vorbesprochen.

Als Erfolg darf dabei insbesondere die Tatsache gewertet werden, dass der Senkung der Steuern der juristischen Personen zum Durchbruch verholfen werden konnte. Die Senkung ist zwar relativ bescheiden, stellt aber ein wichtiges Signal namentlich an die Wirtschaft dar.

Im Verlauf des Jahres mussten wir allerdings zur Kenntnis nehmen, dass die Auswirkungen der Corona-Pandemie den bernischen Finanzhaushalt noch länger belasten werden. Umso klarer zeigte sich der Wert einer vernünftigen und restriktiven Finanzpolitik in guten Zeiten. Denn dies ist die Voraussetzung, dass in schwierigen Zeiten berechtigte Mehrausgaben überhaupt getätigt werden können. In diesem Sinn wird sich die SVP weiterhin für einen gesunden Finanzhaushalt bei tragbarer Steuerbelastung einsetzen.

Raphael Lanz, Grossrat, Thun

Kommission für Staatspolitik und Aussenbeziehungen (SAK)

Die SAK hat an 8 Sitzungen verschiedene Themen im Bereich Aussenbeziehungen und Staatspolitik besprochen und verabschiedet. Die im letzten Jahr behandelte Direktionsreform wurde auf Anfang 2020 umgesetzt. Gestärkt wird die bisherige Volkswirtschaftsdirektion, die zur Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion erweitert wurde. Zwei Ämter, das Amt für Umweltkoordination und Energie und das Kantonale Laboratorium, wechselten von der Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion bzw. der Gesundheits- und Fürsorgedirektion zur neuen Direktion. Damit werden zusätzliche umweltbezogene Themen in der WEU ergänzt. In der neuen Direktion für Inneres und Justiz werden die raumbezogenen Aufgaben konzentriert. Deshalb wechselte das in der Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion angesiedelte Amt für Geoinformation zu dieser Direktion. Ab Mitte des kommenden Jahres ist zudem die neue Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion für alle Belange der Asyl- und Flüchtlingssozialhilfe zuständig. Heute ist diese Aufgabe auf zwei Direktionen aufgeteilt. Die SAK konnte zum ersten Mal den Stand der Umsetzung der Regierungsrichtlinien (Strategie Regierungsrat) überprüfen. Mit Genugtuung konnte die Kommission feststellen, dass die Regierung die Legislaturziele überprüft und auch justiert. Beschäftigt hat sich die Kommission auch mit der Abstimmung über den Verbleib von Moutier beim Kanton Bern. Die Kommission widmete sich auch dem Sonderstatut für der Berner Jura, die Änderungen wurden im Rat diskussionslos verabschiedet. Diskutiert wurde auch der Bericht über die Aussenbeziehungen des Kantons Bern. Besonders brisant ist dabei das Freundschaftsabkommen mit der Teilrepublik Shenzhen China, Sitz des Tech-Konzerns Huawei. Sitz von Huawei Schweiz ist Köniz. Dabei lösten Forschungskooperationen des Kantons, der Uni Bern und weiteren mit Huawei einige Diskussionen aus, aus Sicht der SVP sind solche Projekte, meist mit einseitigem Nutzen für China, eher problematisch. Die Einführung eines elektronischen Anzeigers im Kanton Bern ist an sich kein Problem, der Abschaffung der Papierform werden unsere Kommissionsmitglieder aber nicht zustimmen. Der Rahmenkredit für Gemeindefusionen wurde bewilligt, den neuen Aktivitäten der DIJ (Direktion für Inneres und Justiz) ist aber ein Augenmerk zu schenken. Die parlamentarische Initiative «in dubio pro populo», dabei geht es um die Stärkung der Volksrechte in der Staatsverfassung, ist ein weiteres Thema.

Ein Kommissionsausschuss erarbeitete an 10 Sitzungen die kantonalen Abstimmungserläuterungen und beschäftigt sich auch mit einer Neugestaltung derer. Dank der guten Zusammenarbeit mit den anderen bürgerlichen Parteien ist der Einfluss der SVP in der SAK sehr gross.

Ich danke meinen Kommissionsmitgliedern Verena Aebischer, Anne-Caroline Graber, Walter Schilt, Marc Tobler und Kurt Zimmermann für die gute Zusammenarbeit.

Markus Aebi, Grossrat, Hellsau

Bildungskommission (BiK)

Bildungspolitisch war 2020 ein wichtiges Jahr. Die Schulen waren im März und April geschlossen, die Schüler im Fernunterricht. Das war für alle Beteiligten – Schüler, Eltern, aber auch Lehrkräfte – eine grosse Belastung. Leider wurde zunächst der Grosse Rat auch hier kaum in die Corona-Massnahmen einbezogen. Nachdem dann auch noch die Maturprüfungen abgesagt wurden, kritisierten wir die Bildungs- und Kulturdirektion (BKD), wie die Erziehungsdirektion mittlerweile heisst, scharf. Danach wurden wir Grossräte wirklich viel besser einbezogen. Die BKD berief regelmässige Covid-19-Konferenzgespräche ein, je eine für die Volksschule und eine für die Mittelschulen und Berufsbildung. Daran konnten auch Vertreter von uns Grossräten teilnehmen. Und es gelang uns, erfolgreich Einfluss zu nehmen, damit keine weiteren – und absolut unnötigen – Schulschliessungen erfolgten.

Ebenfalls von Corona geprägt war die erste Lesung bei der Revision des Volksschulgesetzes in der Novembersession. Nachdem wir bereits in der Vernehmlassung mehrere Forderungen eingebracht hatten, konnten wir auch in der Kommission und auch im Grossen Rat einige Erfolge erzielen. Da aber bei anderen Parteien viele Corona- und Quarantänefälle auftraten, wurden dann viele Anträge zurückgestellt für die 2. Lesung. Trotzdem konnten schon in der 1. Lesung des Volksschulgesetzes einige grosse Schritte in die richtige Richtung gemacht werden.

Kern der Reform ist die Neuorganisation der Sonderschulbildung. Einig waren sich alle Parteien bei der Einführung des neuen Standardisierten Abklärungsverfahrens für Kinder mit besonderem Förderungsbedarf. Uns von der SVP ist es aber auch wichtig, dass auch die leistungsstarken und leistungswilligen Kinder wieder besser zu ihrem Recht kommen. Einen entsprechenden neuen Gesetzesartikel konnten wir dank guter bürgerlicher Zusammenarbeit überweisen. Allerdings ist das Lobbying dagegen massiv.

Überwiesene Vorstösse aus unseren Reihen, welche unter anderem ein Wahlobligatorium für Lehrmittel sowie den Verkauf des Schulverlages verlangten, konnten im Gesetz eingebracht werden. Dies hat namentlich das Ende des Obligatoriums des ungenügenden Französischlehrmittels «Mille feuilles» und «Clin d'oeil» zur Folge. Die BKD soll nämlich verpflichtet werden, hier den Schulen andere Lehrmittel anzubieten, mit denen die Schülerinnen und Schüler wieder Französisch lernen. Hier gilt es dran zu bleiben, damit das Erreichte in der 2. Lesung gesichert bleibt.

Einen weiteren Erfolg konnten wir in der 1. Lesung erzielen, indem wir für eine Begrenzung der hohen Subventionen der Tagesschulen eine Mehrheit fanden. Aktuell bezahlt der Staat für den Besuch von Tagesschulen Subventionen an Eltern mit steuerbarem Einkommen bis zu 160'000 Franken. Der Staat unterstützt also reiche Leute unter dem Vorwand des sozialen Deckmäntelis. Inhaltlich stand die bürgerliche Mehrheit dahinter. Formal müssen wir die Ausgestaltung nun noch konkretisieren bzw. dafür sorgen, dass das Anliegen in geeigneter Form in der 2. Lesung zum Tragen kommt.

Eine grosse Herausforderung in nächster Zeit wird das Projekt Berufsfachschulen 2020 sein. In diesem Projekt werden die Berufsbildungsstandorte evaluiert. Es besteht die Gefahr, dass die Berufsbildungsschulen in den ländlichen und peripheren Gebieten weiter geschwächt werden, indem weitere Berufsausbildungen in Bern zentralisiert werden. Hier muss die SVP in nächster Zeit sehr genau hinschauen und sich namentlich in den ländlichen Regionen mit anderen Parteien vernetzen.

Samuel Krähenbühl, Grossrat, Unterlangenegg

Gesundheits- und Sozialkommission (GSoK)

Auch 2020 hatten wir in der GSoK viel abzuklären und zu entscheiden! Ich fasse die behandelten Themen in Gruppen zusammen und gehe dann nur auf einige tiefer ein.

- Gesundheitsstrategie 2020-2030; Spitallandschaft; Projekt Maternité Alpine; Mädchenhaus; Verselbständigung von 5 kantonalen Einrichtungen (Jugendheime + HSM Münchenbuchsee)
- Teilrevision 22 Spitalversorgungsgesetz; Kinderförder- und -schutzgesetz; Gesetz über die sozialen Leistungsangebote; Harmonisierung der bedarfsabhängigen Sozialleistungen;
- Neustrukturierung der Asyl- und Flüchtlingsstrategie; Brust- und Darmkrebsscreening.
- Info über Reserven der Krankenkassen

Die GSoK befürwortet Aufbau eines **Darmkrebs-Screening-Programms**. Sie beantragt dem Grossen Rat, den Kredit für den Aufbau und den Betrieb des qualitätsgesicherten Vorsorgeprogramms in der Höhe von knapp 8 Millionen Franken zu genehmigen. Es soll zur Vorsorge der besonders betroffenen Bevölkerung im Kanton Bern ein Darmkrebs-Screening-Programm aufgebaut werden. Ziel des Programms ist die systematische Einladung aller Frauen und Männer im Alter zwischen 50 und 69 Jahren für eine freiwillige Darmkrebsvorsorgeuntersuchung. Das zweisprachige Programm soll innert maximal zwei Jahren aufgebaut und anschliessend während mindestens fünf Jahren von einer noch zu bestimmenden Institution kantonsweit betrieben werden. Weil die Untersuchungen im Rahmen eines organisierten Programms mit Qualitätssicherung stattfinden, werden diese von der Franchise befreit. Die Teilnehmenden bezahlen lediglich den Selbstbehalt von zehn Prozent. Darmkrebs ist in der Schweiz die dritthäufigste bösartige Krebsart und betrifft vor allem Personen ab 50. Das Vorsorgeprogramm soll helfen, die Krankheit rechtzeitig zu erkennen und somit die Heilungschancen zu verbessern.

Der Kanton soll die **familienergänzende Kinderbetreuung** künftig einheitlich mit Betreuungsgutscheinen unterstützen. Kitas und Tagesfamilienorganisationen sollen vom Kanton bewilligt und beaufsichtigt werden. Die GSoK empfiehlt dem Grossen Rat mit 9 zu 6 Stimmen, das neue Gesetz über die Sozialleistungen anzunehmen. Die Kommission begrüsst den Wechsel von der Objekt- zur Subjektfinanzierung im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung. Sie

stellt jedoch verschiedene Änderungsanträge. Der Regierungsrat soll bezüglich der Qualität von Betreuungseinrichtungen konkrete Vorgaben erlassen. Ferner soll der Kanton bei der Einführung eines einheitlichen Fallführungssystems für die Sozialdienste die Gemeinden einbeziehen und bei der Datenablieferung Mass halten. Gemeinden müssen nicht am System teilnehmen.
Eine linke Kommissionsminderheit wollte die Gemeinden zur Teilnahme am Betreuungsgutscheinsystem verpflichten. Dies mit dem Ziel, Eltern den Zugang zur vergünstigten familienergänzenden Kinderbetreuung wohnsitzunabhängig zu ermöglichen.

Revision des Spitalversorgungsgesetzes: Mit dem Gesetz werden diverse parlamentarische Vorstösse umgesetzt, darunter die Ermöglichung der vertraulichen Geburt sowie die Publikation von Chefarztlöhnen von Berner Listenspitälern. Weiter soll der Verzicht auf Baurechts- und Mietzinseinnahmen für die ehemaligen kantonalen Psychiatriekliniken dauerhaft im Gesetz verankert werden.

Harte Diskussionen gibt es auch immer in der Gesundheitspolitik, welche uns immer teurer zu stehen kommt. Was ist lebensnotwendig und sinnvoll, was ist Luxus. Da scheiden sich die Geister! Gilt die Eigenverantwortung nur, bis es einen selbst betrifft? Beispielsweise der Neubau Spital Biel, Behandlungslisten oder aktuell hat auch gerade die Coronapandemie die Diskussionen wieder angeheizt. Begehrlichkeiten gibt es immer. Das sind grosse Knacknüsse, daran werden wir wohl immer arbeiten. Zudem ist er für mich erschreckend, dass ca. 30% der Sozialfälle Kinder und Jugendliche sind, da gilt es hinzuschauen.

Rücktritt aus der GSoK: Ich werde voraussichtlich im Juni 2021 zum 1 Grossratsvizepräsidenten ernannt. Da diese zwei Jobs nicht «kumulierbar» sind, werde ich auf Ende März 2021 aus der GSoK austreten. Von meinem Beruf und meinen Interessen her war es anfangs nicht gerade meine Wunschkommission. Doch dank einer über 25jährigen Partnerschaft mit einer Pflegerin FASRK und den dazugehörigen Fachdiskussionen konnte ich sicher auch einiges zu guten Entschlüssen beitragen. Zudem habe ich als Landwirt doch eine gewisse Gesundheitserfahrung; auch wenn die Veterinär- und die Humanmedizin nicht das Gleiche sind, bleiben doch die Biologie und Naturgesetze ziemlich ähnlich und eine gewisse Aussensicht schadet nie. Vielleicht noch ein Wunsch meinerseits, welcher aus den Diskussionen mit diversen Fachkräften des Gesundheitswesens entstanden ist: Qualität ist wichtig, aber nicht nur immer mehr Bildungsanforderungen und Reglementierungen führen zu diesem Ziel. Da gehört auch Leidenschaft dazu. Von oben bis ins letzte Detail diktierte Qualität ist nicht sinnvoll. Qualität muss von unten kommen und auch so honoriert werden! Ich wünsche der GSoK viel gutes Gespür für sinnvolle kommende Entscheide im Gesundheits-, Sozial- und Integrationswesen. Für einen starken Kanton Bern. Besten Dank für die interessante Zeit und das respektvolle Miteinander. An den Sitzungen habe ich immer gerne teilgenommen. Dank der kleinen bürgerlichen Mehrheit konnten wir den Kanton in die richtige Richtung lenken. Besten Dank meinen Kommissionsmitgliedern für die gute Mitarbeit.

Martin Schlup, Grossrat, Schüpfen

Bau-, Energie-, Verkehrs- und Raumplanungskommission (BaK)

Die BaK hatte einige schwerverdauliche Geschäfte zu behandeln. Die fehlende Priorisierung der Investitionen durch die Regierung, die Bestellungsneurose der grösseren Nutzer im Kanton Bern, sowie die Nachbestellungen der zusätzlichen «Nice to have» treiben die Baukosten für den Kanton enorm in die Höhe, die SVP wehrt sich dagegen und unser Regierungsrat Neuhaus setzt alles daran, in der Direktion Altlasten abzubauen.

Als Beispiel erwähnt sei das Kreditgeschäft für die Universität von 8,3 Millionen Franken für bauliche Anpassungen des Standorts an der Engehalde in Bern. Damit soll zwar die räumliche Infrastruktur den veränderten Bedürfnissen des Universitätsbetriebes angepasst werden, aber es wird kein Quadratmeter mehr vorgesehen und das trotz steigender Anzahl der Studierenden und Mitarbeitenden! Das Geld ist lediglich vorgesehen für Sanierung, Unterhalt und Erdbebensicherheit und Brandschutz.

Kopfzerbrechen machte der Kommission und vor allem unserem Seeländer Grossrat und Sprecher Willy Marti die Verhandlungen mit dem Switzerland Innovation Park in Biel Bienne (SIPBB). Das Weiterbildungszentrum des Departementes Technik und Informatik soll dort untergebracht werden. Der Bachelorstudiengang Informatik soll ebenfalls in den Räumlichkeiten des SIPBB stattfinden, bis der Neubau des Campus Biel bezugsbereit ist. Die BaK stand diesem Projekt kritisch gegenüber und verlangte vertiefte Abklärungen. Insbesondere gab es Fragezeichen zu Mietdauer und Höhe des Mietzinses. Und tatsächlich konnten mit der SIPBB eine flexiblere Vertragsdauer der Mietverhältnisse und ein tieferer Mietzins ausgehandelt werden, um der verzögerten Inbetriebnahme des Campus Biel Bienne Rechnung zu tragen. Schliesslich beantragte die BaK dem Grossen Rat Zustimmung, um die Konzentration der Berner Fachhochschule nicht zu gefährden.

Unserer Fraktionspräsidentin und Oberländer Grossrätin Barbara Josi war unter den BaK-Geschäften das Hochwasserschutz-Projekt Zweisimmen ein wichtiges Anliegen. Besonders geschätzt hat sie dabei das Engagement der Betroffenen vor Ort. Als Gemeinderatspräsidentin weiss sie, wie wichtig es ist, in einem frühen Stadium in solchen Projekten die betroffenen Personen mit einzubeziehen. Auch Grossrat Ernst Wandfluh engagierte sich bei Hochwasserschutz-Projekten, insbesondere bei der Ausscheidung des Gewässerraums auf Kosten von Landwirtschaftsland.

Besonders kontrovers diskutiert wurde in der BaK natürlich der neue Klimaverfassungsartikel. Grossrat Alfred Bärtschi hat sich da an mehreren Sitzungen des Ausschusses zum neuen Klimaverfassungsartikel 31a gegen die Aufnahme dieses neuen Artikels in die Verfassung gewehrt, da die Fraktion Zweifel hat, dass dem Klima mit einem Artikel in der Verfassung gedient ist. Die Stimmbevölkerung wird nun im Herbst 2021 über diesen neuen Artikel abstimmen. Aus Sicht der SVP deckt der bestehende Artikel 31 in der kantonalen Verfassung bereits alle Anliegen zum Umweltschutz ab.

Besten Dank an die SVP BaK Mitglieder für ihren Einsatz und die tolle Zusammenarbeit.

Hans Jörg Rüegsegger, Grossrat, Riggisberg

Sicherheitskommission (SiK)

Die Sicherheitskommission hat sich an mehreren Sitzungen mit den wichtigsten Geschäften der Sicherheitsdirektion befasst. Trotz Covid-19 konnten wir unsere Sitzungen im Rathaus nach Corona-Schutzkonzept durchführen Die Hauptthemen waren das Geldspielgesetz, Polizeizentrum, Racial Profiling, Kostenstrategie NABE und der Jahresbericht der IGPK Hitzkirch.
Die Zusammenarbeit mit Regierungsrat Philippe Müller von der FDP erachte ich als gut bis sehr gut. Regierungsrat Müller ist viel konsequenter und bürgerlicher als sein Vorgänger, alt Regierungsrat Käser.

Die Sicherheitskommission besteht aus 17 Mitgliedern: 5 SVP, 5 SP, 2 FDP und je einen Vertreter der EVP, Grünen, BDP, EDU und GLP. Hier einige Geschäfte, welche von unserer Kommission behandelt wurden:

Vorberatung von Geschäften zu Handen des Grossen Rates

- Im Januar hat unsere Kommission die Beratung des Geldspielgesetzes diskutiert. Beim Geldspielgesetz geht es um die Mittelverwendung der Gelder aus dem Lotterie- und Sportfonds. Die rechtlichen Grundlagen wurden auf Bundesebene im Geldspielbereich angepasst und aktualisiert. Wir haben uns klar dafür eingesetzt, dass keine Entwicklungsgelder vom Lotteriefonds ins Ausland überwiesen werden.
- Erfolgreich hat der Grosse Rat eine SiK-Motion angenommen, welche verlangt, dass beim neuen Polizeizentrum in Niederwangen für die über 1‘000 Arbeitsplätze mehr Autoabstellplätze zur Verfügung gestellt werden als vorgesehen (100 Parkplätze). Ebenfalls soll das Gebäude möglichst mit Schweizer Holz gebaut werden.
- «Racial Profiling», ein Thema, auf welches die Linken immer wieder zu sprechen kommen und der Polizei den Vorwurf machen, dass gewisse Personengruppen ungerechtfertigt von der Polizei kontrolliert werden.
- Die Kostenstrategie NABE verlangt, dass Personen mit rechtskräftigem Wegweisungsentscheid ab dem 01.07.2020 grundsätzlich getrennt von Asylsuchenden und in Rückkehrzentren untergebracht werden. Die Sicherheitsdirektion ist verantwortlich für die Ausrichtung der Nothilfe und den raschen Vollzug der Nothilfebeziehenden. Der Bund richtet den Kantonen pro Person mit einem rechtskräftigem Wegweisungsentscheid eine einmalige Nothilfepauschale aus. Abgewiesene Asylbewerber erhalten als Nothilfe Unterkunft, Kleider, medizinische Versorgung, Essen und 8 Franken ausbezahlt. Die Sicherheitsdirektion rechnet für die nächsten Jahre mit Aufwendungen von rund Fr. 600‘000.00, was doch ziemlich rückläufig ist.
- Wie jedes Jahr wurde in unserer Kommission der Jahresbericht über IGPK Hitzkirch beraten und verabschiedet. Vom Kanton Bern gehen innerhalb des

Konkordats am meisten Polizistinnen und Polizisten in die Polizeischule. Hauptthema ist immer wieder der Kostenverteiler für die Schule.

- Vorberaten und genehmigt haben wir auch den Kredit für die Herstellung bernischer Kontrollschilder. Jährlich werden rund 4‘500 Schilder produziert, was zu einer Kreditsumme von jährlich Fr. 550‘000.00 geführt hat. Ein Nummernschild kostet in der Produktion zwischen Fr. 8.00 und Fr. 9.50.

Für die angenehme Zusammenarbeit in der Sicherheitskommission möchte ich mich bei den Mitgliedern Andrea Gschwend, Mathias Müller, Werner Moser und Etienne Klopfenstein recht herzlich bedanken.

Thomas Knutti, Grossrat, Därstetten-Weissenburg

SVP Frauen Kanton Bern

2020 war ein Jahr, während dem Dinge passiert sind, die für uns alle bisher unvorstellbar waren. Die Pandemie-Krise zeigt uns, dass nichts sicher ist und die Welt wohl nie mehr so sein wird, wie die meisten von uns sie sich vorstellen.

Uns SVP Frauen, deren hauptsächlicher Zweck die Organisation von gemeinsamen Aktivitäten ist, hat die Pandemie mit ihren vom Bundesrat verordneten Massnahmen daher besonders hart getroffen. Wir sind quasi lahmgelegt worden, um es mal salopp auszudrücken.

An unserer Vorstandssitzung im Januar waren wir noch guter Dinge und hätten einige spannende Anlässe aufgegleist. Der Rest ist Geschichte.

Im August haben wir uns nochmals getroffen, um festzustellen, dass die Organisation von Anlässen, inklusive einer Bundeshausführung, für den Rest des Jahres wohl illusorisch ist.

Trotz der misslichen Situation im Veranstaltungs- und Eventbereich gab es im vergangenen Jahr aus Sicht der SVP Frauen auch Positives zu vermelden.

Bei den Wahlen, die im Herbst 2020 in vielen Gemeinden im Kanton stattgefunden haben, waren die Namen von SVP Frauen auf den Wahllisten für Exekutiven und Parlamente zahlreich vertreten. Sich als Vertreterin der SVP für ein öffentliches Amt zur Verfügung zu stellen, braucht mehr Mut, als dasselbe für andere Parteien zu tun. Deshalb gratuliere ich hier an dieser Stelle allen Frauen, die diesen Schritt gewagt haben. Auch wenn es mit der Wahl dieses Mal nicht geklappt hat: Bleibt dran, Ausdauer zahlt sich aus und gemeinsam sind wir stark, auch wenn wir uns im Moment nicht so oft sehen können. Besonders freut es mich natürlich für die Frauen, denen die Wahl im Herbst in ein Amt geglückt ist. Ihnen wünsche ich viel Freude und Erfolg. Ein weiterer Glücksfall für uns Frauen ist die Wahl von Barbara Josi zur neuen Präsidentin der Grossratsfraktion. Als Nachfolgerin von Madeleine Amstutz sorgt sie dafür, dass diese Schlüsselposition in Frauenhand bleibt.

Danken möchte ich an dieser Stelle insbesondere unserer Geschäftsführerin Aliki Panayides, die uns im Vorstand stets mit guten Ideen, Rat und Tat zur Seite steht. Mein Dank geht ebenfalls an die mit mir im Einsatz für die Frauen

der Berner SVP stehenden Liliane Huguenin (Vize-Präsidentin/Wahlkreis Mittelland), Grossrätin Madeleine Amstutz (Thun), Nationalrätin Nadja Umbricht Pieren (Emmental), Marlène Geiser (Mittelland), Eliane Burn (Stadt Bern), Michelle Singer (Emmental) und Stephanie Gartenmann (Oberland).

Wir harren nun der Dinge, die das Jahr 2021 mit sich bringt und hoffen, zumindest in der zweiten Jahreshälfte noch den einen oder anderen Anlass auf die Beine stellen zu können.

Petra Wyss, Präsidentin, Aarberg

JSVP Kanton Bern

Im Jahresbericht 2019 hat die Junge SVP Kanton Bern über die Unterschriftensammlung und das erfolgreiche Zustandekommen des Referendums gegen den Millionen-Transitplatz für ausländische Fahrende in Wileroltigen informiert. Am 9. Februar 2020 war es schliesslich so weit. Die Berner Stimmbevölkerung befand über unser Referendum. Einmal mehr wurde uns gnadenlos aufgezeigt, dass die einzige Umfrage, welche zählt, jene vom Abstimmungssonntag ist. Gut zwei Wochen vor der Abstimmung prognostizierte eine repräsentative Tamedia-Umfrage noch 57% Ablehnung gegenüber dem Millionen-Transitplatz. Auch am entscheidenden Tag sah die Situation lange Zeit vielversprechend aus. Nach 9 von 10 ausgezählten Verwaltungskreisen lagen wir immer noch mit 52% Nein-Stimmen vorne. Nachdem der Verwaltungskreis Bern-Mittelland die Resultate meldete, war jedoch klar, dass wieder das eingetroffen ist, was im Kanton Bern mittlerweile keine Seltenheit mehr darstellt. Die Stadt überstimmte das Land. Die Abstimmung ging mit 53.5% verloren. Dies ist deshalb ärgerlich, weil das Endergebnis wohl anders ausgesehen hätte, wenn einzelne SVP-Grossräte nicht trotz der von der durch die Delegiertenversammlung mit 196:12 gefällten Nein-Parole medienwirksam für das Projekt geweibelt hätten. Nichtsdestotrotz ist es für uns als Jungpartei ein Erfolg, gegen alle anderen Parteien, den Regierungsrat und die Medien ein Zustimmungs-Ergebnis von fast der Hälfte aller Abstimmenden erzielt zu haben. 133'814 Stimmberechtigte sind unserer Parole gefolgt und haben den Millionen-Transitplatz bachab zu schicken versucht. Dies motiviert uns, auch in Zukunft mit aller Kraft für unsere Anliegen einzustehen!

Aufgrund des unverhältnismässig grossen Stimmengewichts der immer grösser werdenden Städte hat die Junge SVP Kanton Bern noch am Abstimmungssonntag die Forderung nach einem «Verwaltungskreise-Mehr» analog dem national geltenden Ständemehr ins Spiel gebracht. Auch unser Parteipräsident und Ständerat Werner Salzmann hat unsere Idee aufgenommen und das Thema wurde in der Medienlandschaft breit diskutiert. Die Junge SVP Kanton Bern arbeitet seither an Varianten zur Ausarbeitung des Vorschlags.

An unserer Mitgliederversammlung vom Herbst 2020 schliesslich gaben die Mitglieder den Startschuss zur Ausarbeitung eines neuen, frischen Parteipro-

gramms. Eine Arbeitsgruppe unter der Leitung von Joel Zimmermann, Präsident Junge SVP Wahlkreis Emmental, wird in der Zeit bis zur Hauptversammlung 2021 einen Entwurf eines neuen Parteiprogramms erarbeiten.

Des Weiteren hat die Junge SVP Kanton Bern ihre Antwort zur Vernehmlassung betr. Einführung von Stimmrechtsalter 16 im Kanton Bern eingereicht. Die Junge SVP lehnt das Vorhaben klar ab und ist bereit dazu, den Lead des Kontra-Lagers einzunehmen. Die Forderung nach dem Stimmrechtsalter 16 ist Ausdruck eines falschen Demokratieverständnisses, ein trojanisches Pferd linker Klimaaktivisten, Offenbarung von Inkonsequenz wie auch ein Sammelbecken unlogischer Argumente. Im Kanton Bern soll auch weiterhin Stimmrechtsalter 18 gelten! Voraussichtlich wird sich die Berner Stimmbevölkerung aufgrund einer angenommenen Motion eines grünen Grossrats mit einer Verfassungsänderung beschäftigen müssen. Wir stehen bereit, dagegen anzukämpfen.

Nils Fiechter, Frutigen, und Adrian Spahr, Lengnau, Co-Präsidenten

SVP Senioren Kanton Bern

Ein Jahr, wie wir es noch nie erlebt haben liegt hinter uns, welches wegen der Corona-Pandemie auch die Aktivitäten der SVP Senioren einschränkte.

Der allgemeine Digitalisierungsschub als Folge von Corona war auch bei den SVP-Senioren spürbar, wurden doch erstmals innerhalb des Vorstandes auch Videokonferenzen durchgeführt. Weiter wurden vereinzelt Vorstandsbeschlüsse auf dem Zirkulationsweg gefasst. Auch die HV 2020 von Anfang Mai musste auf den 1. Sept. 2020 verschoben werden. Vor über 50 Personen wurden die statutarischen Traktanden im Gasthof Schönbühl zügig abgewickelt. Für zwei vakante Sitze wurden Hansruedi Spichiger, Bern als Vertreter des WKV Bern-Stadt und Roland Lutz, Nidau als Vertreter des WKV Biel-Seeland neu in den Vorstand gewählt. Kurz vor der HV haben wir aus Altersgründen auch die Demission von alt Grossrat Hansueli Salzmann, Oberburg erhalten. Seine grossen Verdienste in verschiedenen Gremien auf Stufe Gemeinde, Region und Kanton wurden durch Präsident Ueli Iseli entsprechend gewürdigt und verdankt. Die Ersatzwahl wird für den Vertreter aus dem WKV Emmental zu einem späteren Zeitpunkt stattfinden. Im zweiten Teil der HV referierte unser Ständerat und SVP-Kantonalpräsident Werner Salzmann zum Thema «Freiheit in Sicherheit auch unter Covid-19-Zeiten». Er erwähnte vorab die wichtigsten Punkte zur Begrenzungsinitiative sowie die Wichtigkeit der Beschaffung von neuen Kampfflugzeugen. Weiter zählte er auf, welche Punkte im Zusammenspiel wichtig sind, um weiter in Freiheit leben zu können. Er zeigte kurz den chronologischen Ablauf der Ereignisse rund um die Pandemie und die darauf ergriffenen Massnahmen zusammen mit seinem persönlichen Fazit auf. Sein Schlusswort bestätigte die Politik der SVP: «Die Unabhängigkeit unserer Schweiz ist die Garantie der Sicherheit und Freiheit unserer Bürger.»

Erstmals wurden die Mitglieder der SVP-Senioren im Oktober 2020 zu einer 4-tägigen Reise ins Appenzell eingeladen, welche im letzten Augenblick noch

durchgeführt werden konnte. Auch wenn es Corona-bedingt vor der Abreise noch einige Abmeldungen gab, wird die Reise jenen 35 Personen, welche teilgenommen haben, unvergesslich bleiben. Unser Vorstandsmitglied Paul Hunziker hat zusammen mit einem kleinen OK viel Herzblut in die Vorbereitungen in diese Reise investiert, welche abwechslungsreich und interessant zusammengestellt wurde. Paul war aber auch ein eloquenter Reiseleiter und mit seinem grossen Wissen sowie seinen Beziehungen in seine ehemalige Heimat haben wir sehr viel über Land und Leute im Appenzell und in der Ostschweiz erfahren. Wir haben dabei die Einwohner mit viel Herzlichkeit und grosser Gastfreundschaft kennen gelernt.

Die Zahl der Mitglieder und Sympathisanten hat sich trotz der Abgänge durch Tod und wegen hohem Alter leicht um 3 auf 329 Personen erhöht. Wir danken allen Bisherigen für ihre Treue und heissen neue Mitglieder jederzeit herzlich willkommen.

Ich bedanke mich bei den Mitgliedern des Vorstandes für die immer konstruktive und gute Zusammenarbeit und hoffe, dass wir 2021 wiederum grössere Aktivitäten anbieten können.

Ulrich Iseli, Präsident, Madiswil

Landesteile

Jura bernois

Une année hors du commun nous a obligé à revoir nos priorités, Covid 19 oblige. Reste que cette situation démontre l'importance des thèmes défendus par notre parti.

Proximité : La fermeture des frontières démontre l'importance de protéger notre capacité de production en Suisse, que ce soit en matière de produits alimentaires ou de produits d'usage courant. L'UDC s'engage afin d'offrir des conditions cadres optimales à l'industrie, afin qu'elle puisse rester compétitive dans une mondialisation toujours plus agressive. Par ailleurs, le recours à la main d'œuvre frontalière a montré ses limites.

Responsabilités individuelles : Un maître-mot dans cette crise sanitaire ; pourtant force est de constater les difficultés que la population rencontre pour changer les habitudes journalières, malheureusement trop souvent au détriment de la santé de tous.

Dépenses publiques : La surconsommation dont nous avions allègrement pris goût a été stoppée du jour au lendemain, causant en parallèle une catastrophe économique. Une fois de plus l'UDC, toujours soucieuse des dépenses publiques, se montre à juste titre attentive, car ce sont bien pour de tels phénomènes que l'argent public doit être investi et non pas pour notre envie de luxure.

Cette pandémie nous a également prouvé l'importance d'avoir des personnes responsables et compétentes au sommet de l'Etat. A ce titre, notre conseiller d'Etat Pierre Alain Schnegg l'a démontré de manière exemplaire dans la gestion

bernoise de la pandémie. Il a su en effet trouver le juste milieu entre la protection de la santé et les impératifs économiques. La récente reconnaissance de ses qualités par de grands médias nationaux, notamment alémaniques, en est la preuve. Au travers de Pierre Alain Schnegg, l'UDC du Jura bernois est fière de contribuer de manière significative au rayonnement du canton de Berne tout entier.

Par l'activité de ses sections locales, l'UDC reste encore et toujours la principale formation du Jura bernois. Les quelques pertes de sièges ici ou là sont largement compensées par d'autres ailleurs. Avec l'émergence de la communication débridée que nous vivons aujourd'hui, le maintien d'une véritable position de leader reste complexe ; il faut tantôt composer avec des nouveaux électeurs souvent modérés et notre base un peu plus combative. Le seul moyen pour contrecarrer les desseins inavouables de la gauche caviar reste les grandes alliances du centre-droit. Encore et toujours, l'UDC du Jura bernois y travaille sans relâche.

L'année 2021 sera cruciale pour que la ville de Moutier reste dans le canton de Berne, ce que l'UDC du Jura bernois soutient fortement, par le truchement toutefois du mouvement MoutierPlus, en raison d'une stratégie qui est mieux adaptée à la situation locale. Ce sont cependant les élections cantonales de 2022 qui sont aujourd'hui en ligne de mire pour l'UDC du Jura bernois. Avec les tendances actuelles, il est essentiel de d'œuvrer avec persévérance afin de démontrer, encore et toujours, que la politique que nous menons est viable sur le long terme.

Merci à nos membres et à tous ceux qui s'engagent pour les valeurs de notre parti. C'est en étant unis et convaincants que nous pourrons transmettre au mieux nos solutions pour l'avenir.

Patrick Tobler, président, Montagne de Moutier

Biel-Seeland

Im Jahr 2020 beherrschte vor allem das Thema Corona die ganze Gesellschaft, nicht nur in der Schweiz, sondern weltweit! Es schränkte die ganze Menschheit sehr stark in den eigenen Freiheiten ein. Auch Veranstaltungen waren über eine lange Zeit nicht mehr möglich. Nur die Wahlen in Amerika mit der Abwahl von Donald Trump konkurrenzierten das Thema Corona noch ein wenig. Das ein kurzer Gedächtnisrückblick ins 2020.

An der ersten DV vom Januar wurden die Parolen gefasst für: mehr bezahlbaren Wohnraum, Änderung Strafgesetz, Wechsel der Gemeinde Clavaleyres, Kredit Transitplatz Wileroltigen. Zudem wurde das Budget des Wahlkreises genehmigt. Mit etwas Mut und schnellem Handeln konnten wir im August eine zweite DV in der Bootswerft Faul in Erlach mit 60 Delegierten durchführen. Besten Dank der Familie Faul für die Gastfreundschaft. Abstimmungsparolen: Begrenzungsinitiative, Änderung direkte Bundessteuer, Vaterschaftsurlaub, Beschaffung neuer Kampfflugzeuge und die Vorstellung Regierungsstatthalterkandidatin Romi Stebler für das Amt Biel/Bienne. Alle anderen Infos machten wir

per E-Mail. Im Vorstand konnten wir die austretenden Petra Wyss und Barbara Hänni durch David Herzig und Markus Baumann ersetzen. Markus übernimmt auch das Vizepräsidium. Herzlichen Dank den beiden Damen für ihr langjähriges Engagement, und den zwei Herren für die neue Herausforderung. Die Mitgliederzahl konnten wir leicht steigern und die Finanzen sind stabil. Ganz herzlichen Dank meinen Vorstandsmitgliedern für die guten Ideen, die gute Zusammenarbeit und allen, welche uns in irgendeiner Weise unterstützt haben. Persönlich hoffe ich, dass diese Pandemie möglichst rasch vorbei ist. Durch diese Einschränkungen verändert sich unsere Gesellschaft in eine schlechte Richtung, weg von persönlichen, aber sehr wichtigen Kontakten. Erschreckend ist für mich aber auch, dass viele Bürger das eigene Denken ausgelagert haben und den Medien überlassen! Ich hoffe, wir nehmen unsere Eigenverantwortung und Meinungsbildung wieder in die eigenen Hände.

Martin Schlup, Präsident, Grossrat, Schüpfen

Emmental

Der höchste Schweizer ist ein Emmentaler! Die SVP Emmental ist stolz und gratuliert Nationalrat Andreas Aebi ganz herzlich zur glanzvollen Wahl vom November 2020 zum Nationalratspräsidenten. Wir wünschen ihm in der Ausführung dieses wichtigen Amtes viel Erfolg, Zufriedenheit sowie stets ein gutes Händchen für umsichtige Entscheide.
Während zwölf Jahren hat NR Andreas Aebi zuvor den Wahlkreis Emmental präsidiert. Per August 2020 übergab er das Zepter an mich als bisherige Vizepräsidentin. Die SVP Emmental dankt Nationalrat Aebi für das langjährige, grosse Engagement zugunsten unseres Wahlkreises. Mit Hans-Ueli Salzmann hat im Jahr 2020 ein weiteres «Urgestein» den Vorstand der SVP Emmental verlassen. Hans-Ueli ist auf dem Berner Politparkett kein unbeschriebenes Blatt. Viele Jahre wirkte der Alt Grossrat und Alt Gemeinderatspräsident von Oberburg bei der SVP Emmental und zuvor noch beim Amtsverband mit. Wir danken Hans-Ueli herzlich für seinen grossen Einsatz.

In diversen Emmentaler Gemeinden fanden im November 2020 kommunale Wahlen statt. In der rot-grün dominierten Stadt Burgdorf gelang es der SVP, ihre sieben Sitze im Stadtparlament zu verteidigen. In Oberburg kann unsere Partei ihre drei Sitze halten. Zudem wird Gemeinderat Werner Kobel zum neuen Gemeinderatspräsidenten gewählt. In Koppigen bleibt die SVP die stärkste Kraft, der bisherige Gemeindepräsident Urs Schneider wird im Amt bestätigt. Dank eines Sitzgewinnes ist unsere Partei nun auch in Sumiswald stärkste Kraft im Gemeinderat. In Kirchberg konnte nach einem spannenden Wahlkampf die abtretende SVP-Gemeindepräsidentin durch einen ebenfalls bürgerlichen Kandidaten (allerdings von der FDP) ersetzt werden. Wir gratulieren allen Gewählten – selbstverständlich auch denjenigen aus Gemeinden, die nicht namentlich erwähnt wurden – und wünschen viel Freude sowie Erfolg im Amt.

Viele Emmentaler Sektionen haben bereits im Jahr 2020 die Vorbereitungen für die Abstimmungen vom 13. Juni 2021 aufgenommen. Insbesondere mit den beiden Agrarinitiativen sowie mit dem CO2-Gesetz stehen wichtige Vorlagen an. Alle Sektionen sind in diesem bedeutungsvollen Abstimmungskampf gefordert.
Im Namen des Vorstands der SVP Emmental danke ich allen Funktionsträgern in den Sektionen für ihr Engagement. Ein grosser Dank geht an sämtliche Emmentaler SVP-Mitglieder für ihre Treue.

Andrea Gschwend-Pieren, Präsidentin, Grossrätin, Heimiswil

Oberaargau

Auch in der SVP Oberaargau stand das Jahr 2020 ganz im Zeichen der Pandemie um Covid 19. Nach einem «normalen» Start ins neue Wahlkreisjahr mit den üblichen Anlässen wie Vorstandssitzungen und Planungsarbeiten für das Jahresprogramm, kamen die ersten Meldungen um das neue Krankheitsvirus. Unmittelbar nach Ende der Frühjahrssession des Grossen Rates des Kantons Bern wurde das öffentliche Leben stillgelegt. Alle Anlässe und Programmpunkte der SVP Oberaargau wurden abgesagt. Das Jahresprogramm 2020 hatte seine Gültigkeit verloren. «Lockdown» war das Wort in aller Munde und sollte die politische Arbeit über das Jahr 2020 hinaus bestimmen. Mit der Ausrufung der «ausserordentlichen Lage» am 16. März, einem Montag, konnte der Bundesrat per Notverordnung ohne Zustimmung des Parlaments für das ganze Land alle notwendigen Massnahmen anordnen. Die Hauptversammlung und die Delegiertenversammlung der SVP Oberaargau fanden erst am 23. Juni statt. Eine überdurchschnittlich grosse Anzahl Delegierte konnte sich nach über drei Monaten wieder zu einem Anlass treffen. Unser Gast Nationalrat Lars Guggisberg beehrte uns mit einem Referat zu den anstehenden Abstimmungen.

Im Laufe des Herbsts fanden in einigen Gemeinden im der Region Oberaargau Wahlen für die lokalen Behörden statt. Anlässe zu den Wahlen und Abstimmungen konnten keine durchgeführt werden. Das erschwerte die politische Arbeit und das aktive Werben auf der Strasse. Auch die Ortssektionen im Oberaargau mussten einige Niederlagen in Kauf nehmen. Erfreulicherweise gab es in Gemeinden auch Erfolge zu vermelden.

Im Vorstand der SVP Oberaargau durften wir unseren langjährigen Sekretär Daniel Amacher verabschieden. Mit Thomas Zaugg (SVP Niederbipp) konnten wir die Nachfolge regeln. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit. Neu in den Vorstand gewählt, als Vertreter «Jura-Süd» wurde Nicolas Krenger (SVP Niederbipp).

Leider musste der Vorstand von der Auflösung der Sektion Wiedlisbach Kenntnis nehmen. Die Nachfolge im Vorstand konnte nicht geregelt werden. Gleichwohl: «Herzlichen Dank an den scheidenden Vorstand für die Arbeit in Wiedlisbach. Und an die Mitglieder welche sich den umliegenden Sektionen angeschlossen haben»!

Das Jahr 2020 der SVP Oberaargau endet mit einer Vorstandssitzung im eingeschränktem Rahmen nach den Regeln des Bundesamts für Gesundheitswesen im kleinen Kreis.

Vielen Dank an alle Vorstandsmitglieder, Sektionen, Sponsoren und Gönner! Ihr alle habt dazu beigetragen, dass unser Wahlkreis ein erfolgreiches 2020 erleben durfte. Trotz allen Einschränkungen. Diese Einschränkungen haben allerdings dazu geführt, dass die «Freude, Politik zu machen» nicht unbedingt gefördert werden konnte. Wir freuen uns auf 2021!

Samuel Leuenberger, Präsident, Grossrat, Bannwil

Bern-Mittelland

Mit der Delegiertenkonferenz vom 25. August 2020 durfte ich das Präsidium der SVP Bern-Mittelland von Nationalrat Lars Guggisberg übernehmen und ich möchte mich an dieser Stelle für das Vertrauen bedanken! An dieser Sitzung kam es zu weiteren personellen Wechseln im Vorstand. So wurden Lars Guggisberg, Doris Schneider, Rudolf Guggisberg, Hans Rudolf Schweizer, Christian Spycher und Christian Wüthrich verabschiedet.

Durch die Delegiertenkonferenz wurden neu Grossrat Kurt Wenger (Vizepräsident/Regionalkonferenz) Janosch Weyermann (Sekretariat) und Yannick Buchter (Justiz) gewählt. Weiter sind Katja Riem (Vertretung Wahlkreis Mittelland-Süd) und Fabian Widmer, (Vertretung JSVP) neu als Delegierte gemeldet worden. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit und wünsche allen Vorstandsmitgliedern viel Freude und Erfüllung in ihrem Amt.

Das vergangene Jahr, war wie für uns alle, durch die Covid-19 Pandemie geprägt. Aus diesem Grund konnten die geplanten Treffen mit der SVP-Arbeitsgruppe Regionalkonferenz Bern-Mittelland RKBM leider nicht stattfinden. Diese Treffen wurden aber keinesfalls aus dem Programm gestrichen und sollen künftig, nötigenfalls auch in digitaler Form, wieder durchgeführt werden.

Während des Berichtsjahres fand eine Vorstandssitzung im März statt. Ansonsten mussten die Traktanden Corona-bedingt leider auf dem Zirkularweg behandelt werden.

Künftig beschäftigen uns in erster Linie die Regierungsstatthalterwahl und für das Jahr 2022 die Grossrats- und Regierungsratswahlen. Das Regierungsstatthalteramt, insbesondere der Regierungsstatthalter / die Regierungsstatthalterin spielen eine wichtige Rolle für die Bevölkerung. Hierbei ist es wichtig, das Amt in bürgerliche Hände zurück zu holen und wir zählen hierbei auf die Unterstützung aller Mitglieder!

Zum Schluss bedanke ich mich bei meinem Vorgänger Lars Guggisberg für die umsichtige und detaillierte Übergabe der Akten, sowie bei allen Vorstandskolleginnen und -kollegen für die angenehme Zusammenarbeit. Herzlichen Dank an alle SVP-Mitglieder, welche sich stets für unsere Partei und

unsere Werte auf allen Ebenen einsetzen, ich wünsche allen für die Zukunft alles Gute und freue mich auf persönliche Begegnungen!

Verena Aebischer, Grossrätin, Guggisberg

Thun

Trotz Corona lief politisch im Wahlkreisverband Thun viel. Da war zunächst der Rücktritt unseres Uetendorfer Nationalrats Albert Rösti als Präsident der SVP Schweiz, der sich wegen der coronabedingten Verschiebung der DV bis zum 22. August verzögerte. Wir vom SVP Wahlkreisverband Thun liessen es uns nicht nehmen, Albert an diesem Abend als Überraschung einen Empfang in seiner Heimatgemeinde zu organisieren. Ja, das war einer der wenigen gemütlichen Anlässe mit vielen Leuten im Jahr 2020.

Das Jahr 2020 war in unserem Wahlkreis auch ein Super-Wahljahr. Wir hatten viele Gemeindepräsidien und Gemeinderatssitze zu verteidigen. Positiv war: Die SVP konnte bei Gemeinderatswahlen fast überall ihre Stimmenanteile halten oder gar ausbauen. In folgenden Gemeinden konnte die SVP die Gemeindepräsidien verteidigen: Buchholterberg (Sandra Nussbaum), Heiligenschwendi (Christian Zwahlen), Oberhofen (Philipp Tobler), Seftigen (Urs Indermühle), Teuffenthal (Franziska Fuss). In Uttigen (Beat Fischer) und in Sigriswil (Anton Ambühl) wurden neue SVP-Vertreter gewählt.

Zwei sehr knappe Entscheidungen bei Gemeindepräsidien fielen allerdings leider gegen uns aus. In Heimberg verloren wir den Sitz des zurückgetretenen Niklaus Röthlisberger, während es in Wattenwil der SVP-Sektionspräsidentin Iris Rivas nicht gelang, der FDP das Gemeindepräsidium zu entreissen. Im entscheidenden 2. Wahlgang hatte Rivas nur 3 Stimmen weniger als ihr Gegenkandidat von der FDP. Mitentscheidend war, dass trotz klarer Nomination durch die Parteiversammlung ein wilder Gegenkandidat aus der SVP gegen Rivas antrat und ihr entscheidende Unterstützung raubte.

Noch mehr Schlagzeilen als die Wattenwiler-Wahlen machten diejenigen in Sigriswil. Auch hier traten SVP-ler gegen SVP-ler an. Ja, eine Gruppierung um die von der Parteiversammlung wegen den Spesenvorwürfen der Geschäftsprüfungskommission nicht nominierte Kandidatin Madeleine Amstutz gründete gar eine eigene Ortssektion, welche allerdings von der SVP Kanton Bern nicht anerkannt wurde. Bei den Gemeinderatswahlen erzielte diese neue, sich jetzt «Sigriswiler Volkspartei» nennende Gruppierung zwei Sitze. Die SVP verlor daher ihre vorherige absolute Mehrheit. Dabei kam es – wie auch in Hilterfingen – zur Abwahl eines amtierenden SVP-Gemeinderates. Im Schlussgang ums Gemeindepräsidium obsiegte dann mit Anton Ambühl der Kandidat der SVP, der von allen anderen in den Behörden vertretenen Ortsparteien ausser der genannten abgespaltenen Sigriswiler Volkspartei unterstützt wurde. Auf die Wahlschlacht in Sigriswil folgte ein Parteiausschlussverfahren, das von der Geschäftsleitung der SVP Kanton Bern eingeleitet, aber wegen Corona noch nicht vollzogen wurde. «Affaire à suivre», wie es auf Französisch heisst.

Das dritte Ereignis, das uns gegen Ende des Jahres beschäftigte, war der Rücktritt des langjährigen freisinnigen Regierungsstatthalters. Die Findungskommission konnte noch im alten Jahr einstimmig den menschlich und fachlich überzeugenden SVP-Kandidaten Mathias Berger vorschlagen, der dann im Januar des neuen Jahres an einer virtuellen DV nominiert wurde. Erfreulicherweise unterstützt ihn auch die FDP offiziell. Die Neuwahl des Statthalters findet am 13. Juni 2021 statt.

Das Jahr 2020 wurde am 21. Dezember mit einem virtuellen Sessionsrückblick mit Nationalrat Albert Rösti und Grossrat Raphael Lanz beendet. Die Premiere einer Übertragung über Zoom und Facebook funktionierte gut und erfreute sich einer schönen Besucherzahl. Hoffen wir, dass wir im neuen Jahr wieder normale Versammlungen durchführen dürfen!

Samuel Krähenbühl, Präsident, Grossrat, Unterlangenegg

Oberland

Das Jahr 2020 war auch für die SVP eine sehr grosse Herausforderung und die Partei war mit der neuen Corona Situation sichtlich überfordert. Unsere SVP hatte keine Lösungsvorschläge und sicherte dem Bundesrat anfangs die Gefolgschaft zu. Im März dann der erste Schock. Die Schweiz wurde durch den Lockdown praktisch abgeriegelt und die SVP war unter Schockzustand.

Es hat ziemlich lange gedauert, bis sich die Parteien in Position gebracht haben. Je länger es ging, desto mehr bemerkte man, wie schwierig es ist, gegen die Corona-Pandemie vorzugehen. Bei der Bevölkerung gibt es aus meiner Sicht zwei Meinungen. Irgendwie fühlt sich jeder als Experte und doch will keiner die Verantwortung übernehmen. Einige sind überzeugt, die Pandemie sei reine Angstmacherei und das Virus sei wie eine ganz normale Grippe und es hätte nie einen Lockdown gebraucht. Die anderen sind der festen Überzeugung, diese Pandemie sei gefährlich und es müsse alles Mögliche getan werden, koste es was es wolle. Auch in unserer Volkspartei gehen die Meinungen weit auseinander.

Enttäuschung über die bürgerliche Regierung: Je länger die Corona-Pandemie dauerte, je mehr gerieten die Massnahmen und damit insbesondere unser Regierungspräsident Schnegg in die Kritik in unserer von den Massnahmen besonders betroffenen Berner Oberland. Es wurde nicht verstanden, dass der Kanton Bern sogar noch strenger vorging als der Bundesrat. Als SVP-Wahlkreispräsident habe ich den Bürgerinnen und Bürgern Mut gemacht und versprochen, mich bei der Gesundheitsdirektion einzusetzen für Lockerungen. Leider führten diese Gespräche aber nicht zum Ziel und so blieb mir nur noch der Weg über Motionen und den Grossen Rat, um wenigstens für Entschädigung der kleinen Betriebe zu sorgen. Es kann nicht sein, dass mit den Massnahmen Existenzen von Familien zerstört werden, welche vielerorts nie wieder aufgebaut werden.

Bundesrat Ueli Maurer seit Jahren ein verlässlicher Bundeshauspolitiker: Ein ganz GROSSER DANK geht an Bundesrat Ueli Maurer, welcher uns während der ganzen Pandemie-Hysterie mit eindrücklichen Zahlen auf die Folgen aufmerksam macht, was mit jedem Tag Lockdown auf die nächste Generation warten wird. Schulden und nochmals Schulden werden angehäuft, pro Tag 150 Millionen, pro Stunde 6 Millionen und pro Minute 100 Tausend Franken.

Mein Fazit zur ganzen Corona Pandemie: Wir müssen so schnell wie möglich aus dem Lockdown hinaus. Die Gesellschaft muss sich auf ein Leben mit Viren einstellen, aber es kann nicht sein, dass unsere gesunde Bevölkerung länger eingesperrt bleiben muss und vom Staat diktatorisch ein Berufsverbot auferlegt bekommt!

Hauptversammlung vom 10. März 2020 Restaurant Möve Faulensee: Unsere Hauptversammlung fand im Restaurant Möve in Faulensee statt. Unsere langjährige Grossrätin und Vizepräsidentin Anne Speiser hat demissioniert und ist aus der Geschäftsleitung ausgeschieden. MERCI Anne für deinen Einsatz im SVP Wahlkreisverband Oberland. Kilian Wyssen von der SVP St. Stephan wurde als neuer Vizepräsident gewählt. Als Gastreferent wurden wir von Nationalrat Marcel Dettling besucht, welcher uns über die Bundeshauspolitik und die bevorstehende Abstimmung zur Begrenzungsinitiative informierte.

Überparteiliches Podium zur Begrenzungsinitiative: Am 11. September 2020 organisierten wir im Lötschbergsaal in Spiez überparteilich ein Podium zur Begrenzungsinitiative. Für die SVP ist als einziger Befürworter der Initiative Nationalrat Roger Köppel nach Spiez gereist. Roger Köppel konnte jedoch mit seinen Argumenten überzeugen und die Vertreter der anderen Parteien waren chancenlos. Leider haben nur 80 Personen am Anlass teilgenommen.

Die Kreisverbände und Sektionen als wichtiges Element: Für den Wahlkreis Oberland sind die Kreisverbände nach wie vor von grosser Bedeutung. Besonders bei kommunalen Wahlen ist die Vernetzung der Unterverbände sehr wichtig. Die Arbeit in den Sektionen und das Werben von neuen Mitgliedern sind sehr wichtige Elemente für unsere Partei. Die Mitgliederbestände müssen in unserer Region unbedingt erhöht werden. Wir dürfen das Gewinnen von jungen, interessierten SVP-Mitgliedern nicht vernachlässigen.

SVP ist in den Gemeinden (fast immer) erfolgreich: Auf kommunaler Ebene ist die SVP im Oberland in vielen Exekutivämtern vertreten. Dank dieser Vernetzung können wichtige Anliegen kantonal und über die nationale Politik gemeinsam beeinflusst werden. In diversen Gemeinden fanden letzten Herbst Gemeindewahlen statt. Nicht überall war die SVP erfolgreich. Dies müssen wir unbedingt korrigieren. Erfreulicherweise konnten aber auch Kandidatinnen und Kandidaten der SVP sehr erfolgreich abschneiden und wir somit viele Sitzgewinne verbuchen. In sämtlichen Gemeinden wurde vor und während den Gemeindewahlen hervorragende Arbeit geleistet.

Herzliches Dankeschön: Ich bedanke mich bei Nationalrat Erich von Siebenthal für seinen Einsatz in Bundesbern, bei den Grossrätinnen und Grossräten für die Arbeit im kantonalen Parlament, bei unseren Sektionen und Gemeinderäten

für die Arbeit in den Gemeinden, bei der Geschäftsleitung für die angenehme Zusammenarbeit und bei den Kreisverbänden für ihren Einsatz.

Ein grosses MERCI geht an die «Einpacktruppe», welche sich immer wieder, manchmal auch sehr kurzfristig, zur Verfügung stellt, um Versände an unsere Mitglieder zu verpacken.

Thomas Knutti, Präsident, Grossrat, Därstetten-Weissenburg

Gerichte und Generalstaatsanwaltschaft

Obergericht

Im vergangenen Jahr ist Oberrichterin Renate Schnell (SP) zurückgetreten. Als Nachfolgerin hatte der Grosse Rat im Jahr 2019 Gerichtspräsidentin Franziska Friederich Hörr (SP) gewählt, die ihr Amt am 1. Mai 2020 antrat. Als Folge ihrer Wahl trat sie als Ersatzrichterin am Obergericht zurück, gleich wie die ans Bundesgericht gewählte Gerichtspräsidentin Sonja Koch (SVP). An deren Stelle wählte der Grosse Rat Gerichtspräsidentin Denise Weingart (SVP) als Ersatzrichterin und Gerichtspräsident Thomas Zbinden (FDP) als Ersatzrichter. Am 23. September 2020 wählte die Vereinigte Bundesversammlung Oberrichter Christoph Hurni (GLP) zum Bundesrichter.

Im Berichtsjahr waren in der Zivilabteilung des Obergerichts die höchsten Eingänge seit der Justizreform 2011 zu verzeichnen. Während die Geschäftseingänge an den Zivilkammern pandemiebedingt leicht zurückgingen, verzeichnete das Kindes- und Erwachsenenschutzgericht (Beschwerdeinstanz in Kindes- und Erwachsenenschutzsachen) eine deutliche Zunahme. Am Handelsgericht bewegten sich die Fallzahlen etwa auf dem Durchschnitt der Vorjahre. An der Strafabteilung stiegen die Eingänge auf einen neuen Höchststand an. Im Frühjahr musste der Verhandlungsbetrieb pandemiebedingt vorübergehend eingestellt werden, weshalb zahlreiche Verhandlungen verschoben wurden.

An den erstinstanzlichen Gerichten nahmen sechs Richterinnen und Richter ihre Tätigkeit neu auf. Die Geschäftszahlen nahmen an den Regionalgerichten sowohl im Zivil- als auch im Strafbereich ab. An den kantonalen Gerichten (Wirtschaftsstrafgericht, Zwangsmassnahmengericht und Jugendgericht) bewegten sich die Fallzahlen etwa auf dem Niveau der Vorjahre. Einzig das Jugendgericht verzeichnete wie schon im Vorjahr eine Zunahme der Geschäfte. An den Schlichtungsbehörden nahmen die Fallzahlen insgesamt leicht zu.

Die erstinstanzlichen Strafgerichte sprachen 243 obligatorische Landesverweisungen aus (Vorjahr 204). Die Härtefallquote lag bei 4% (Vorjahr 9%). Anlässlich von 34 Berufungsverfahren bestätigten die Strafkammern in 29 Fällen die angeordnete Landesverweisung. In zwei Fällen bestätigten sie die Nichtanwendung, in zwei Fällen ordneten sie die Landesverweisung oberinstanzlich an und in einem Fall hoben sie die Landesverweisung auf.

Gesamthaft beurteilte die Zivil- und Strafgerichtsbarkeit 33’245 Fälle (Vorjahr 35’001) und erteilte 19’717 Rechtsberatungen (Vorjahr 19’235), wobei rund 90%

der eingegangenen Fälle auf Zivilverfahren und rund 10% der Fälle auf Strafverfahren entfielen.

Die Zivil- und Strafgerichtsbarkeit weist im Berichtsjahr einen Gesamtaufwand von 94,3 Millionen (Vorjahr CHF 94,8 Mio.) und Gesamterträge von 25,6 Millionen (Vorjahr CHF 26,6 Mio.) auf, was trotz sinkendem Aufwand bei gleichzeitig abnehmenden Erträgen zu einem gegenüber dem Vorjahr um CHF 0,5 Millionen schlechteren Ergebnis von CHF 68,7 Millionen führt (Vorjahr CHF 68,2 Mio.). Das Budget von CHF 71,4 Millionen wurde allerdings um CHF 3,1 Millionen unterschritten.

Christian Josi, Oberrichter, Hünibach

Verwaltungsgericht

Im Jahr 2020 sind beim Verwaltungsgericht 1'419 neue Fälle eingegangen, 1'606 Fälle wurden erledigt und 824 auf das Folgejahr übertragen. Im Verwaltungsrecht waren 476 und im Sozialversicherungsrecht 958 Eingänge zu verzeichnen (deutsch und französisch).

Dem Verwaltungsgericht obliegen parallel zum Kerngeschäft die Vorbereitung seines Voranschlags sowie die Rechnungsführung, der Rechnungsabschluss und die damit verbundene Berichterstattung. Es ist weiter verantwortlich für die Administration der gesamten Verwaltungsgerichtsbarkeit. Hinzu kommt die Aufsicht über die übrigen verwaltungsunabhängigen Justizbehörden, d.h. über die Steuerrekurskommission, die Rekurskommission für Massnahmen gegenüber Fahrzeugführerinnen und Fahrzeugführern, die Enteignungsschätzungskommission sowie die Bodenverbesserungskommission, deren administrativen Aufgaben es gleichzeitig wahrnimmt.

Das Berichtsjahr war geprägt von den pandemiebedingten Herausforderungen und Unwägbarkeiten sowohl im Bereich der Rechtsprechung wie auch der Gerichtsverwaltung. Die Gerichtsleitung hatte bereits ab Beginn 2020 die Entwicklungen antizipiert und zeitnah die notwendigen Massnahmen und Anordnungen getroffen. Den Mitarbeitenden ist es seit März des Berichtsjahrs erlaubt, ihre Arbeit vorbehältlich betrieblicher Bedürfnisse weitgehend im Homeoffice zu erledigen. Seit Oktober 2020 sind die jeweils aktuell gültigen Vorgaben in einem Stufenmodell geregelt. Mit den getroffenen Massnahmen konnte der Gerichtsbetrieb ohne Unterbruch und ohne wesentliche Verzögerungen bei der Urteilsfällung gewährleistet werden. Die Weiterverbreitung von Erkrankungen innerhalb der Verwaltungsgerichtsbarkeit wurde verhindert. Mit Blick auf die anzuordnenden Massnahmen war und ist jedoch stets zu bedenken, dass neben dem Gerichtsbetrieb mit Parteibeteiligung auch der interne Gedankenaustausch, die Fachdiskussion und der persönliche Kontakt von Angesicht zu Angesicht an einem Kollegialgericht von unschätzbarer Bedeutung sind. Sie garantieren eine von Vertrauen geprägte, qualitativ hochstehende Rechtsfindung. Die technischen Hilfsmittel können den persönlichen Kontakt und Austausch nicht ersetzen. Nur dank grossem Verständnis für die besondere Lage und dank des

enormen persönlichen Einsatzes aller Angehörigen der Verwaltungsgerichtsbarkeit ist es gelungen, die gewohnte hochstehende Qualität der Rechtsprechung fortzuführen und vom Gericht zu verantwortende zeitliche Verzögerungen weitgehend auszuschliessen.

Am 1. März 2020 folgte bei der sozialversicherungsrechtlichen Abteilung Verwaltungsrichterin Sandra Wiedmer (SP) auf Verwaltungsrichter Jürg Scheidegger (SP), der Ende Februar 2020 in Pension ging. Am 1. August trat bei der verwaltungsrechtlichen Abteilung Verwaltungsrichter Dr. iur. Christoph Bürki (SVP) die Nachfolge des per 1. Januar 2020 an das Bundesgericht gewählten Verwaltungsrichters Dr. iur. Thomas Müller (SVP) an. Die entsprechende Vakanz wurde durch den Einsatz einer Gerichtsschreiberin der Abteilung als a.o. Verwaltungsrichterin überbrückt.

Ivo Schwegler, Verwaltungsrichter, Boll

Generalstaatsanwaltschaft

Die Staatsanwaltschaft konnte im Jahr 2020 ihren Auftrag trotz Corona-Einschränkungen ohne nennenswerte Leistungs- oder Qualitätseinbussen erfüllen. Das Krisenmanagement hat sich bewährt. Die Gesundheitslage ist glücklicherweise sehr gut geblieben. Dennoch hat die Covid-19-Pandemie das Geschäftsjahr geprägt. Auswirkungen haben sich im Kerngeschäft (Mengengerüst, Effizienz und Quantität) sowie im betriebskulturellen Bereich spürbar gemacht. Im Zuge der Pandemie war ein Rückgang der Anzeigen zu verzeichnen, weil in der Strafverfolgungskette die Prioritäten angepasst werden mussten. Entsprechend sanken die Eingänge im Strafbefehlsverfahren bei unverändert tief gebliebener Einsprache-Quote. In den Regionen war coronabedingt eine moderatere Zunahme der Untersuchungseröffnungen zu verzeichnen als in den Vorjahren. Die Untersuchungsgeschäftslast stieg in der besonderen Lage trotz einer guten Erledigungsrate erneut an, was Ausdruck der Ressourcenknappheit bei der Staatsanwaltschaft ist. Die Entwicklung der Kennzahlen zeigt trotz einberechneter Corona-Effekte, dass die Arbeitsbelastung regional unterschiedlich und seit geraumer Zeit zu hoch ist. Die Staatsanwaltschaft hat die Strukturen für die Bekämpfung der Cyberkriminalität, zur Leistung von internationaler Rechtshilfe und für die Vermögensabschöpfung definiert (Projekt «Spezialisierung und Zentralisierung»). Diese Aufgaben sind ab 1. April 2021 bei der Staatsanwaltschaft für besondere Aufgaben angesiedelt. Für die neuen Funktionen konnten engagierte und fachlich ausgewiesene Persönlichkeiten gewonnen werden. Die neuen Kriminalitätsformen sind als Verbundaufgabe mit der Polizei und Partnerbehörden zu bekämpfen.

Die auf SAP basierende neue Vorgangsbearbeitung Rialto (Projekt NeVo) bleibt ein wichtiger Brückenschlag zwischen Polizei und Staatsanwaltschaft, dies auch im Hinblick auf Justitia 4.0. Die Staatsanwaltschaft übernimmt in diesen Grossprojekten Mitverantwortung zur Ausgestaltung der künftigen Rahmenbedingungen. Das Projekt Nevo befand sich in der Berichtsperiode in der Realisierungsphase. Die Inbetriebnahme von Rialto bei der Kantonspolizei ist für Herbst

2021 vorgesehen, bei der Staatsanwaltschaft für das 1. Quartal 2022. Bis dahin stehen die heute eingesetzten Applikationen zur Verfügung.

Die Staatsanwaltschaft konnte sich in laufende Gesetzgebungsprojekte einbringen. In der Revision der Strafprozessordnung ist vorgesehen, die Bestimmungen zu den Teilnahmerechten im Sinne einer annehmbaren Lösung zu belassen. Die Änderungen beim Siegelungsverfahren und bei den DNA-Bestimmungen sind als Erfolg zu werten. Ein anderes Gesetzgebungsprojekt betrifft die Selbstverwaltung der kantonalen Justiz (Evaluation Justizreform II). Mit der Verankerung der Selbstverwaltung in der Kantonsverfassung wird die Unabhängigkeit der dritten Staatsgewalt gestärkt.

Das zur Verfügung stehende Budget von CHF 51,6 Mio. wurde nahezu ausgeschöpft. Mit einer Beanspruchung von CHF 50,1 Mio. wurden die Mittel um CHF 1,5 Mio. unterschritten.

Die Umsetzung der Vorgaben im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie, die Rekrutierung der Spezialfunktionen und die Vorbereitung des elektronischen Personaldossiers prägten das Berichtsjahr in personeller Hinsicht. Daneben konnten im Rahmen der Fluktuation die Stellen wiederbesetzt werden; die Vorgaben zur Stellenbewirtschaftung (Soll-Stellen) wurden eingehalten.

Christof Scheurer, stv. Generalstaatsanwalt, Bern

Die neue Fraktionspräsidentin Barbara Josi
mit den Vizefraktionspräsidenten Mathias Müller und Patrick Freudiger halten
auch beim Foto in der BERNEXPO vorschriftsgemäss Corona-Abstand

IV. Organisation / Personelles

Personelle Zusammensetzung der Parteiorgane

Geschäftsleitung (GL)

Präsident:	Werner Salzmann, Mülchi
Vizepräsidenten:	Manfred Bühler, Cortébert
	Christoph Peter, Herbligen
	Anne Speiser, Zweisimmen
Geschäftsführerin:	Aliki M. Panayides, Ostermundigen
Finanzverantwortlicher:	Jean-Michel With, Belp
Fraktionspräsidentin	Madeleine Amstutz, Sigriswil (bis 27.08.)
	Barbara Josi, Wimmis (ab 19.11.)
Präsidentin SVP Frauen:	Petra Wyss, Aarberg
Weitere Mitglieder der GL:	Alfred Bärtschi, Lützelflüh
	Beat Bösiger, Niederbipp
	Rudolf Friedli, Bern
	Sandra Schneider, Biel

Parteivorstand (PV)

Mitglieder der Geschäftsleitung (s.o.)

Regierungsmitglieder:	Christoph Neuhaus, Kaufdorf
	Pierre Alain Schnegg, Champoz
Eidg. Parlamentarier:	Andreas Aebi, Alchenstorf
	Andrea Geissbühler, Bäriswil
	Lars Guggisberg, Kirchlindach
	Erich J. Hess, Bern
	Nadja Umbricht Pieren, Heimiswil
	Albert Rösti, Uetendorf
	Werner Salzmann, Mülchi
	Erich von Siebenthal, Gstaad

Vertreter Fachkommissionen:
Markus Aebi, Hellsau (Kommission für Staatspolitik und Aussenbeziehungen)
Hans Jörg Rüegsegger, Riggisberg (Bau-, Energie-, Verkehrs- und Raumplanungskommission)
Thomas Knutti, Weissenburg (Sicherheitskommission)
Samuel Krähenbühl, Unterlangenegg (Bildungskommission)
Raphael Lanz, Thun (Finanzkommission)
Martin Schlup, Schüpfen (Gesundheits- und Sozialkommission)

Vertreter der Jungen SVP:	Nils Fiechter, Frutigen
Vertreter SVP Senioren:	Ulrich Iseli, Madiswil

Präsidenten Wahlkreisverbände:

	Andreas Aebi, Alchenstorf (bis 06.08.)
	Andreas Burren, Lanzenhäusern
	Thomas Fuchs, Bern
	Andrea Gschwend-Pieren, Heimiswil (ab 06.08.)

Lars Guggisberg, Kirchlindach (ab 12.08.)
Thomas Knutti, Weissenburg
Samuel Krähenbühl, Unterlangenegg
Samuel Leuenberger, Bannwil
Martin Schlup, Schüpfen
Hans Rudolf Schweizer, Utzigen (bis 12.08.)
Patrick Tobler, Montagne de Moutier

Präsidenten kant. Wirtschaftsverbände

Peter Brand, Münchenbuchsee (HEV)
Hans Jörg Rüegsegger, Riggisberg (BEBV)

Weitere Mitglieder:
Martin Baltisser, Bremgarten
Daniel Bichsel
Thomas Fuchs, Bern
Donat Schneider, Diessbach b. Büren

Grossratsfraktion

Abplanalp Ueli, Brienzwiler
Aebi Markus, Hellsau
Aebischer Verena, Riffenmatt
Amstutz Madeleine, Sigriswil
Augstburger Ueli, Gerzensee
Bärtschi Alfred, Lützelflüh
Benoit Roland, Corgémont
Bichsel Daniel, Zollikofen
Bösiger Beat, Niederbipp
Buri Urs, Hasle b. B.
Feuz Alexander, Bern (ab 31.08.)
Freudiger Patrick, Langenthal
Geissbühler Sabina, Herrenschwanden
Gerber Christine, Detligen
Gfeller Ueli, Schangnau
Graber Anne-Caroline, La Neuveville
Gschwend-Pieren Andrea, Heimiswil
Hebeisen Annegret, Münchenbuchsee
Hess Erich, Bern (bis 30.08.)
Hofer Stefan, Bern (bis 03.12.)
Josi Barbara, Wimmis
Klopfenstein Etienne, Corgémont
Knutti Thomas, Weissenburg
Krähenbühl Samuel, Unterlangenegg
Lanz Raphael, Thun
Leuenberger Samuel, Bannwil
Marti Jürg, Steffisburg
Marti Willy, Kallnach
Michel Andreas, Meiringen
Moser Werner, Landiswil
Müller Mathias, Orvin
Müller Moritz, Bowil
Ruchti Fritz, Seewil
Rüegsegger Hans Jörg, Riggisberg
Salzmann Peter, Mülchi
Schilt Walter, Utzigen
Schlatter Carlo, Thun
Schlup Martin, Schüpfen
Schneider Sandra, Biel
Schüpbach Andreas, Huttwil
Speiser Anne, Zweisimmen
Sutter Walter, Langnau
Tobler Marc, Moutier
Wandfluh Ernst, Kandergrund
Wenger Kurt, Meikirch
Wyss Fritz, Wengi
Zimmermann Kurt, Frutigen

Vertretung in der SVP Schweiz (Stand 31.12.2020)

Mitglieder des Parteivorstandes (alphabetisch)

Jolanda Brunner, Spiez
Thomas Fuchs, alt Nationalrat/alt Grossrat, Bern

Andrea Gschwend-Pieren, Grossrätin, Kaltacker
Lars Guggisberg, Nationalrat, Kirchlindach
Miriam Gurtner, Konolfingen
Samuel Krähenbühl, Grossrat, Unterlangenegg
Helena Morgenthaler, Langenthal
Aliki M. Panayides, Geschäftsführerin, Ostermundigen
Albert Rösti, Nationalrat, Uetendorf
Werner Salzmann, Ständerat, Mülchi (ex officio)
Inge Schütz, Präsidentin SVP International, Belpberg (ex officio)

Mitglieder der Parteileitung

Lars Guggisberg, Nationalrat, Kirchlindach
Werner Salzmann, Ständerat, Mülchi (ex officio)
Inge Schütz, Präsidentin SVP International, Belpberg (ex officio)

Regierungsmitglieder

Christoph Neuhaus, Bau- und Verkehrsdirektor, Kaufdorf
Pierre Alain Schnegg, Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektor, Champoz

Parteisekretariat

Aliki M. Panayides, Geschäftsführerin, Ostermundigen
Reto Niederhauser, stv. Geschäftsführer und Fraktionssekretär, Bern
Céline Jürgensen, Alleinsekretärin, Köniz
Angelo Andres, Praktikant, Ostermundigen

Stiftungsrat «Hilfsfonds SVP Kanton Bern»

Urs Buri, Hasle b. B. (Präsident)
Andreas Burren, Lanzenhäusern (Sekretär)
Jean-Michel With, Vize-Präsident (Belp)
Christian Rubin, Aeschi b. Spiez (Kassier)
Pierre Berger, Mont-Crosin (Beisitzer)

Vorstand des «Bären-Club» der SVP Kanton Bern

Andrea Gschwend-Pieren, Grossrätin, Kaltacker (Präsidentin)
Thomas Fuchs, alt Nationalrat/alt Grossrat, Bern (Vizepräsident)
Markus Steiner, Fraubrunnen
Mathias Müller, Grossrat, Orvin
Beat Bösiger, Grossrat, Niederbipp (Vertretung der Parteileitung)
Beratend:
Aliki M. Panayides, Geschäftsführerin SVP, Ostermundigen
Jean-Michel With, Finanzverantwortlicher SVP, Belp

Unsere Verstorbenen

Im Berichtsjahr hatte die Partei den Verlust von sechs Exponenten zu beklagen.

Jean-Michel Blanchard, alt Grossrat, Malleray, vertrat die SVP Kanton Bern von 2002 bis 2013 im Grossen Rat. Zudem war er von 1981 bis 1988 Gemeinderat und von 1989 bis 2004 Gemeindepräsident von Malleray. Er war auch Mitglied der Assemblée interjurassienne und von 2006 bis 2018 Mitglied des bernjurassischen Rates, den er von 2007 bis 2008 präsidierte.

Bernard Grünig-Tharin, alt Grossrat, St. Imier, vertrat die SVP Kanton Bern von 1992 bis 2002 im Grossen Rat. Zudem leistete er als Vize-Regierungsstatthalter des ehemaligen Amtsbezirks Courtelary sowie als Gemeinderatsmitglied und Vizegemeindepräsident von Saint-Imier vieles für das Wohlergehen seiner Gemeinde und seiner Region.

Dr. Bernhard Müller-Aeschbacher, alt Regierungsrat und alt Nationalrat, Scharnachtal, war von 1974 bis 1990 Regierungsrat und von 1979 bis 1987 im nationalen Parlament. Er lebte vor, wie die Werte der SVP konkret umgesetzt werden können: Sein Engagement für Nepal und Tibet wird weit über seinen Tod hinaus wirken und zeigt, wie unser Land in der Welt sinnvoll helfen kann.

André Lecomte, alt Grossrat, Diesse, vertrat die SVP Kanton Bern von 1994 bis 2006 im Grossen Rat, war ebenso Mitglied der Assemblée interjurassienne und präsidierte die Deputation im Jahr 1999/2000. Zudem war er langjähriger Gemeinderat und Vizestadtpräsident von La Neuveville.

Simon Schenk, alt Nationalrat, Münsingen, vertrat die SVP Kanton Bern von 1994 bis 2011 im nationalen Parlament. Auch nach seinem Ausscheiden aus dem Nationalrat engagierte er sich weiterhin aktiv in der Partei, unter anderem auf nationaler oder kantonaler Stufe in Abstimmungskämpfen sowie als GGR-Mitglied in seiner Sektion.

Albert Würsten, alt Grossrat, Gstaad, vertrat die SVP Kanton Bern etliche Jahre im Grossen Rat. Zudem leistete er als langjähriges Mitglied des Gemeinderates von Saanen viel für die Entwicklung des gesamten Saanenlandes.

V. Schlusswort der Geschäftsführerin

Das SVP-Parteisekretariat im Homeoffice – wer hätte das gedacht. Zum Glück hatten wir 2019 die Computer umgerüstet, so dass dies überhaupt möglich war. Das ganze Team war froh, als wir dann hochoffiziell wieder ins Büro durften ohne Gefahr zu laufen, in der rot-grünen Stadt Bern beobachtet und angezeigt zu werden. Wir wollen das Geld ja für Kampagnen und nicht für Bussen ausgeben.

2020 war auch medientechnisch ein besonderes Jahr. Wer hätte gedacht, dass die viel zitierte, um nicht zu sagen «gehypte» Klimakrise plötzlich global in allen Medien über Monate von einem ganz anderen Thema abgelöst wird und die Gesellschaft zweiteilt und die Menschen mehr als jedes andere Thema bisher in ihrer Filterblase gefangen hält.

Die ganze Entwicklung stellt die SVP und ihre Sektionen vor neue Herausforderungen: Wie erreichen wir die Menschen in ihren Filterblasen, wenn man sich nicht mehr von Mensch zu Mensch, sondern nur noch von Internet-Troll zu Internet-Troll begegnet? So manche politische Auseinandersetzung mündet beim Bier in ein gut schweizerisches Leben und Leben lassen. Auf eben dieses sich Zusammenraufen können wir seit Monaten kaum mehr zählen. Viele Veranstaltungen mussten abgesagt werden und jene, die stattfinden konnten, waren geprägt von Abstandsregeln, Sorgen, unterdurchschnittlichen Teilnehmerzahlen und abgekürzten Diskussionen. Den Sektionen, die in einem solchen Jahr noch erfolgreich Wahlkämpfe geführt haben, ist ein Kränzchen zu winden. SVPlerinnen und SVPler lassen sich zum Glück nicht unterkriegen.

Wir nutzten das Jahr 2020, um uns für die Zukunft zu rüsten. In den Social Media konnten wir einen Schritt vorwärts machen. Grossrätin Sandra Schneider hat es sich als Mitglied der Geschäftsleitung zur Aufgabe gemacht, ihre Kolleginnen und Kollegen im Grossen Rat auch videotechnisch in Szene zu setzen. So haben wir mehr Material für unsere Kanäle youtube, facebook und Instagram. Die Mitgliederbefragung, welche an 11‘000 Haushalte ging, zeigte aber, dass viele Parteimitglieder nicht nur die Präsenz im Netz, sondern weiterhin auch Papier und somit die Parteizeitungen begrüssen. Entsprechend den Rückmeldungen haben wir aber die Aufmachung und den Inhalt des bernstark-Journals optimiert, um noch mehr Leserinnen und Leser anzusprechen.

Corona bietet uns auch die Chance, eines der Kernanliegen der SVP, die Raumplanung, ins Zentrum zu rücken. Die Bevölkerung hat langsam genug von den linken Zentralisierungsplänen und Verdichtung in den Städten. Es braucht ein Umdenken, und wer wenn nicht die SVP, sollte dies auf die politische Agenda bringen. Man wird von uns hören und lesen, auch 2021.

Aliki Panayides, Geschäftsführerin, Vize-Gemeindepräsidentin Ostermundigen

VI. Die Partei in Zahlen

Sektion	Bestand 31.01.2020	Bestand 31.01.2021	Veränderung
Corgémont	18	19	+1
Cortébert	15	15	0
Court	16	16	0
Courtelary	1	1	0
La Chaux d'Abel	5	5	0
La Ferrière	5	5	0
La Neuveville	13	13	0
Mont-Tramelan	2	2	0
Moutier	55	55	0
Moutier Diverse	30	28	-2
Nods	1	1	0
Orvin	17	16	-1
Péry	11	7	-4
Plateau de Diesse	6	6	0
Reconvilier	18	19	+1
Renan	13	19	+6
Romont	5	5	0
Saint-Imier	30	26	-4
Sauge	13	13	0
Sonceboz-Sombeval	8	8	0
Sonvilier	10	11	+1
Tavannes	23	21	-2
Tramelan	27	26	-1
Valbirse	23	23	0
Berner Jura	**365**	**360**	**-5**
Aarwangen	110	103	-7
Attiswil	41	36	-5
Auswil	9	10	+1
Bleienbach	79	78	-1
Busswil/Melchnau	86	84	-2
Eriswil	44	44	0
Gondiswil	22	24	+2
Herzogenbuchsee	85	92	+7

Huttwil	129	141	+12
Langenthal (m. Obersteckholz)	245	242	-3
Lotzwil	41	40	-1
Madiswil	97	94	-3
Niederbipp	101	133	+32
Oberbipp	72	66	-6
Roggwil	92	94	+2
Rohrbach	31	32	+1
Schwarzhäusern	19	19	0
Seeberg/Hermiswil/Ochlenberg	57	54	-3
Thörigen	42	35	-7
Thunstetten	74	60	-14
Ursenbach	28	26	-2
Walterswil	37	37	0
Wangen a. Aare	56	51	-5
Wiedlisbach (vor Auflösung)	26	27	+1
Wyssachen	33	33	0
Einzelmitglieder	27	26	-1
Oberaargau	**1683**	**1681**	**-2**
Aefligen	34	31	-3
Affoltern i. E.	67	67	0
Alchenstorf	46	45	-1
Bätterkinden	73	69	-4
Burgdorf	96	86	-10
Dürrenroth	45	45	0
Eggiwil-Röthenbach	113	112	-1
Ersigen	114	100	-4
Hasle b. B.	69	65	-4
Heimiswil	81	76	-5
Hindelbank	49	50	+1
Höchstetten-Hellsau	9	9	0
Kirchberg	78	82	+4
Koppigen	80	75	-5
Krauchthal	85	84	-1
Langnau i. E.	124	128	+4
Lauperswil	54	49	-5

Lützelflüh	78	70	-8
Lyssach	66	64	-2
Oberburg	162	161	-1
Rüderswil	37	37	0
Rüdtligen-Alchenflüh	32	33	+1
Rüegsau	87	88	+1
Schangnau	71	69	-2
Signau	50	49	-1
Sumiswald/Wasen	136	141	+5
Trachselwald	26	26	0
Trub/Trubschachen	56	56	0
Utzenstorf	97	96	-1
Wynigen	108	105	-3
Zielebach	11	11	0
Emmental	**2234**	**2179**	**-55**
Aarberg	101	102	-1
Aegerten-Brügg	15	15	0
Bellmund	18	18	0
Biel / Bienne	93	103	+10
Büetigen	26	25	-1
Bühl	12	12	0
Büren a. Aare	82	83	0
Diessbach b. Büren	2	2	0
Dotzigen	45	45	0
Epsach	18	19	+1
Erlach	53	50	-3
Grossaffoltern	55	58	+3
Grosses Moos	25	25	0
Ins	131	131	0
Ipsach	25	26	+1
Jens	23	23	0
Jolimont	72	65	-7
Kallnach	37	39	+2
Kappelen	54	49	-5
Lengnau	66	70	+4
Lyss-Busswil	126	123	-3

Meinisberg	22	22	0
Müntschemier	58	53	-5
Nidau	18	18	0
Oberwil b. Büren	44	41	-3
Orpund	57	52	-5
Pieterlen	46	45	-1
Port	36	35	-1
Radelfingen	68	63	-5
Rapperswil	77	77	0
Safnern	45	39	-6
Schüpfen	96	93	-3
Schwadernau	13	11	-2
Seedorf	129	127	-2
Studen	13	10	-3
Sutz-Lattrigen	11	11	0
Täuffelen	48	50	+2
Treiten	40	40	0
Twann-Tüscherz-Alfermée	3	4	+1
Walperswil	33	38	+5
Wengi	37	37	0
Worben	46	45	-1
Einzelmitglieder	7	6	-1
Seeland	**2026**	**2000**	**-26**
Allmendingen	26	27	+1
Bolligen	106	104	-2
Bremgarten b. Bern	25	23	-2
Diemerswil	19	19	0
Ferenbalm	63	58	-5
Fraubrunnen	131	135	+4
Frauenkappelen	23	23	0
Gurbrü	38	38	0
Ittigen	40	36	-4
Jegenstorf-Münchringen	78	72	-6
Kirchlindach	73	71	-2
Kriechenwil	13	9	-4
Laupen	36	36	0

Mattstetten	22	21	-1
Meikirch	60	64	+4
Moosseedorf	68	66	-2
Mühleberg	76	76	0
Münchenbuchsee	157	161	+4
Münchenwiler	6	5	-1
Muri-Gümligen	82	79	-3
Neuenegg	198	189	-9
Ostermundigen	48	51	+3
Stettlen	31	31	0
Urtenen-Schönbühl	66	63	-3
Vechigen	173	177	+4
Wohlen b. Bern	100	92	-8
Worb	126	123	-3
Zollikofen	92	83	-9
Mittelland-Nord	**1976**	**1932**	**-44**
Bern Stadt	**348**	**364**	**+16**
Arni	27	26	-1
Belp	151	151	0
Biglen	61	62	+1
Bowil	39	37	-2
Gerzensee	77	76	-1
Grosshöchstetten	44	42	-2
Guggisberg	30	30	0
Kaufdorf	16	12	-4
Kehrsatz	28	29	+1
Kiesen-Oppligen	45	60	+15
Kirchdorf	83	78	-5
Köniz	184	165	-19
Konolfingen	129	125	-4
Landiswil	55	58	+3
Linden	54	52	-2
Münsingen	79	74	-5
Oberbalm	35	32	-3
Oberdiessbach	65	66	+1

Oberthal	12	8	-4
Riggisberg	77	78	+1
Rüeggisberg/Längenberg	104	97	-7
Rüschegg	28	30	+2
Schwarzenburg	91	91	0
Thurnen	25	25	0
Toffen	57	56	-1
Walkringen	42	44	+2
Wichtrach	90	89	-1
Zäziwil	63	63	0
Mittelland-Süd	**1791**	**1756**	**-35**
Amsoldingen	35	35	0
Buchholterberg-Wachseldorn	77	73	-4
Burgistein	31	31	0
Gurzelen	25	25	0
Heimberg	70	71	+1
Hilterfingen	35	31	-4
Höfen	31	31	0
Linkes Zulggebiet - Umgebung	63	60	-3
Oberhofen	46	46	0
Reutigen	47	48	+1
Schwarzenegg-Fahrni	152	149	-3
Seftigen	51	51	0
Sigriswil	154	142	-12
Steffisburg	108	106	-2
Thierachern	50	51	+1
Thun	229	225	-4
Uebeschi	27	28	+1
Uetendorf	142	145	+3
Uttigen	41	37	-4
Wattenwil	87	87	0
Zwieselberg	10	10	0
Einzelmitglieder	2	2	0
Thun	**1513**	**1484**	**-29**
Adelboden	49	49	0

Aeschi b. Spiez	86	85	-1
Beatenberg	41	39	-1
Boltigen	33	32	-1
Bönigen	29	24	-5
Brienz	67	56	-11
Därstetten/Weissenburg	65	66	+1
Diemtigen	51	50	-1
Erlenbach	24	23	-1
Frutigen	189	181	-8
Grindelwald	101	105	+4
Gsteig	25	25	0
Habkern	28	28	0
Interlaken	56	52	-4
Kandersteg	26	27	+1
Lauterbrunnen	29	27	-2
Lenk	48	52	+4
Matten	46	45	-1
Oberhasli	118	119	+1
Oberwil i. S.	34	30	-4
Reichenbach	74	73	-1
Ringgenberg/Goldswil	44	45	+1
Saanen	177	183	+6
Spiez	130	130	0
St. Stephan	82	84	+2
Unterseen	58	55	-3
Wilderswil	49	49	0
Wimmis	125	124	-1
Zweisimmen	59	59	0
Einzelmitglieder	2	1	-1
Oberland	**1945**	**1918**	**-27**
Direktmitglieder Kanton	50	51	+1
Total Kanton Bern	**13931**	**13725**	**-206**